

# Stenographischer Bericht

## 43. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VIII. Gesetzgebungsperiode — 31. Juli 1978

### Inhalt:

#### Personalien:

Entschuldigt sind die Abgeordneten Pölzl und DDr. Stepantschitz.

#### Verhandlungen:

Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1076/1, der Abgeordneten Aichhofer, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Feldgrill, Dipl.-Ing. Fuchs, Haas, Dr. Heidinger, Jamnegg, Koiner, Univ.-Prof. Dr. Koren, Kollmann, Lackner, Lind, Lußmann, Dr. Maitz, Marczik, Nigl, Dr. Piaty, Pinegger, Pöttl, Pölzl, Pranch, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Schrammel, Dr. Schilcher, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend vorzeitige Auflösung des Landtages.

Berichterstatter: Abg. Dr. Helmut Heidinger (2329).

Redner: Landeshauptmann Dr. Niederl (2329), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (2331), Abg. Ing. Turek (2334).

Annahme des Antrages (2339).

#### Dringliche Anfrage:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Heidinger, Loidl, Gratsch, Gross, Brandl, Hammerl, Ileschitz, Karrer, Kohlhammer, Sponer, Dr. Strenitz, Preamberger und Zoisl, betreffend den Kontrollbericht hinsichtlich der GWS-Heimstätte.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Gerhard Heidinger (2339).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Dr. Niederl (2339).

Redner: Abg. Loidl (2339), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (2341), Landeshauptmann Dr. Niederl (2341), Abg. Dipl.-Ing. Fuchs (2342), Landesrat Peltzmann (2343), Abg. Zinkanell (2343), Landeshauptmann Dr. Niederl (2344), Abg. Koiner (2344), Abg. Brandl (2344), Abg. Dipl.-Ing. Fuchs (2345), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (2345).

Annahme des Antrages (2346).

Ablehnung des Antrages (2346).

31. Juli 1978

Beginn: 10.30 Uhr.

#### Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hohes Haus!

Es findet heute die 43. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden VIII. Gesetzgebungsperiode als außerordentliche Tagung statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, besonders die Mitglieder der Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl an der Spitze und die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Herren Abgeordneten Pölzl und DDr. Stepantschitz sind entschuldigt.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gebe ich dem Hohen Hause bekannt, daß die Abgeordneten Heidinger, Loidl, Gratsch, Gross, Brandl, Hammerl, Ileschitz, Karrer, Kohlhammer, Sponer, Dr. Strenitz,

Preamberger und Zoisl eine **dringliche Anfrage**, betreffend den Kontrollbericht hinsichtlich der GWS-Heimstätte, an Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl eingebracht haben.

Die Behandlung dieser dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nach Erledigung der Tagesordnung durchführen.

Wir gehen zur **Tagesordnung** über.

Diese betrifft den Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 1076/1, der Abgeordneten Aichhofer, Dr. Dorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Feldgrill, Dipl.-Ing. Fuchs, Haas, Dr. Heidinger, Jamnegg, Koiner, Univ.-Prof. Doktor Koren, Kollmann, Lackner, Lind, Lußmann, Dr. Maitz, Marczik, Nigl, Dr. Piaty, Pinegger, Pöttl, Pölzl, Pranch, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Schrammel, Dr. Schilcher, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, betreffend vorzeitige Auflösung des Landtages.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Herr Doktor Helmut Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Heidinger:** Herr Präsident! Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Antrag liegt Ihnen vor. Er wurde in der Sitzung des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses mit Mehrheit angenommen, und ich darf namens des Ausschusses den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Steiermärkische Landtag beschließt gemäß § 10 Abs. 2 der Landesverfassung 1960, LGBl. Nr. 1, seine Auflösung.

2. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gemäß § 10 Abs. 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960, LGBl. Nr. 1, Wahlen auszuschreiben.

Ich bitte das Hohe Haus um Annahme des Antrages.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die heutige Landtagssitzung gibt uns nochmals die Gelegenheit, jene Gründe darzulegen, die für die Festsetzung der steirischen Landtagswahl am 8. Oktober 1978 bestimmend waren. Ausgehend von unserem soeben vom Berichterstatter verlesenen Antrag stelle ich fest, daß sich seit Jahrzehnten zwei Leitsätze der steirischen Politik auch für den steirischen Landtagswahltermin bewährt haben, und sie lauten:

1. „Steirisch wählen heißt eigenständig wählen!“ und

2. die Zeitspanne der Wahlwerbung soll möglichst kurz sein.

Für die eigenständige steirische Landtagswahl und einen kurzen, sparsamen Wahlkampf ist der 8. Oktober 1978 der geeignete Zeitpunkt. Die Eigenständigkeit unseres Heimatlandes, die Eigenständigkeit unserer steirischen Politik ist eine Tatsache. Wir ordnen uns nicht der Parteipolitik und den taktischen Interessen von Zentralstellen unter. Und wir vergessen es nie: Nur durch diese gelebte und lebendige Gesinnung der Eigenständigkeit konnten wir gemeinsam so viel für unser Land erreichen. Dieser Eigenständigkeit unserer gemeinsam gestalteten steirischen Politik entspricht auch ein eigenständiger steirischer Landtagswahltermin. Bei steirischen Landtagswahlen geht es in erster Linie um Probleme unseres Landes und um die Darlegung steirischer Antworten auf diese Herausforderungen. Der Termin der Landtagswahlen soll daher den steirischen Wählerinnen und Wählern eine selbständige Entscheidung über die Zukunft der steirischen Politik ermöglichen. Ein Blick auf den Wahlterminkalender der nächsten eineinhalb Jahre zeigt uns, daß der 8. Oktober 1978 die Erfüllung dieser Forderungen gewährleistet, um einen entsprechenden Abstand zu anderen Wahlen zu bekommen. Im Spätherbst 1978 findet die Atom-Volksabstimmung statt. Im Juni 1979 werden allein in der Steiermark über 250.000 Wählerinnen und Wähler zur Arbeiterkammerwahl gerufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Arbeiterkammerwahl wurde mit dem Hinweis auf die Nationalratswahl und auf eine unerwünschte Überschneidung einstimmig auf den Frühsommer vorverlegt. Spätestens im Herbst 1979 ist der Nationalrat neu zu wählen.

Nun zu unserem zweiten Leitsatz. In der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode konnten wir entscheidende landespolitische Marksteine setzen. Unser Langzeitprogramm „Modell Steiermark“ war die inhaltliche Grundlage der Arbeit in Landesregierung und Landtag. Erfreulicherweise haben auch alle politischen Kräfte unsere Einladung zur konstruktiven Mitgestaltung angenommen, so daß wir alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam getroffen haben. Wir haben stets die Zusammenarbeit gesucht. Wir haben nie Bestemmpolitik betrieben, wir haben nie Husch-Pfusch-Gesetze gemacht. (Abg. Hammerl: „Aber Husch-Husch-Aussagen!“) Daher haben wir nie so negative Auswirkungen verspürt, wie sie auf Bundesebene etwa das ORF-Gesetz oder die LKW-Steuer brachten. Ein Diktat hat es in keiner einzigen Frage gegeben und wird es von unserer Seite auch in Zukunft nicht geben.

Als wichtigste Ergebnisse der landespolitischen Arbeit in den letzten vier Jahren hebe ich folgende hervor:

Die für die Arbeitsplatzsicherung so wesentlichen steirischen Wirtschaftsgesetze für Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft; den steirischen Durchbruch zum rascheren Autobahnausbau — auch um das Wirtschaftsdreieck Wien, Linz und Graz noch enger zu schließen. Dieser Durchbruch wurde durch einen gemeinsamen Verhandlungserfolg und durch ein großes finanzielles Opfer des Landes ermög-

licht; das moderne steirische Sozialhilfegesetz, eine ÖVP-Initiative in diesem Hause, das den neuen Weg zur Stärkung der Selbsthilfe, Kraft und der menschlichen Nähe weist; das Landesentwicklungsprogramm, womit wir gemeinsam den Rahmen für die Weiterentwicklung unseres Landes gegeben haben, an den sich nun die Sach- und Regionalprogramme anschließen; die Flächenprämien für unsere unter schwersten Bedingungen wirtschaftenden Bergbauern; die gesetzliche Vorsorge zur Errichtung von Kinderspielplätzen; das Naturschutzgesetz und das Ortsbildschutzgesetz, die wertvolle Bausubstanz erhalten helfen und seine zeitgemäße Nutzung ermöglichen; die Anstrengungen zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf dem flachen Land durch das Gemeindesanitäts- und Landesdistriktsärztegesetz; die besondere Wohnbauförderung für junge und kinderreiche Familien sowie die Sonderprogramme zur Schaffung von Seniorenwohnungen; und auch die großen vor uns liegenden Aufgaben. Ich denke an die weiteren notwendigen Impulse zur Arbeitsplatzsicherung, ich denke an den Ausbau unseres Gesundheits- und Spitalswesens. Ich denke an die Reformen der Landesverfassung zur Stärkung der direkten Demokratie, für die eine Zweidrittelmehrheit in diesem Hause notwendig ist. Alle diese Aufgaben können nur in einem Klima der Sachlichkeit und der Gemeinsamkeit gut gelöst werden. Ein monatelanger Wahlkampf, wie er sich für einen möglichen späteren Wahltermin bereits abzeichnete, hätte die notwendigen neuen, tragfähigen Lösungen zumindest erschwert oder verzögert. Was wir brauchen, ist nicht ein parteipolitisches Hick-Hack, sondern ein gemeinsames und überzeugendes steirisches Auftreten gegenüber den Zentralstellen. Es geht uns darum, gemeinsam im Interesse der steirischen Bevölkerung eine Schwächung des Landes und der Gemeinden durch den künftigen Finanzausgleich zu verhindern. Es geht darum, beim Eigentümer Bund für die Arbeitsplätze unserer steirischen Betriebe der verstaatlichten Industrie zu kämpfen. Und es geht darum, für die Errichtung des Dieselmotorenwerkes in der Steiermark zu kämpfen, denn alles spricht für einen steirischen Standort, die bahnbrechende steirische Motorenforschung genauso wie das Angebot von qualifizierten Facharbeitern und Technikern. Und es geht darum, für das steirische Grenzland zu kämpfen. Seit 1958 verfügen wir über eine gezielte steirische Grenzlandförderung. Über drei Milliarden Schilling an Landesmitteln sind seit 1970 unseren Grenzbezirken zugute gekommen. Auch der Bund darf sich seiner diesbezüglichen Verpflichtung nicht entziehen, und wir werden nicht aufhören, ihn daran zu erinnern. Durch den Wahltermin am 8. Oktober wird daher ein monatelanger Wahlkampf vermieden, der die gemeinsame Arbeit sicher behindert hätte. Durch diesen Wahltermin wird ein ganzes Arbeitsjahr gewonnen. (Beifall bei der ÖVP — Heiterkeit bei der SPÖ.) Der Landtag kann in der Herbstsession ohne (Abg. Dr. Maitz: „Ist das so lustig?“ — Abg. Heidinger: „Ja!“) — und ich betone es, ohne Unterbrechung seine Arbeit wieder voll aufnehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und lassen Sie mich daher zum Schluß an alle wahlwerbenden Gruppen dieses Landes nur einen

Wunsch aussprechen: Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen, angesichts der existenziellen Probleme, wie sie uns etwa die Unwetterkatastrophen wieder in so drastischem Ausmaß vor Augen führten und bei denen wir jede mögliche Hilfestellung bieten — am 3. August wird sich die Landesregierung mit den bereits eingeleiteten Sofortmaßnahmen beschäftigen —, und angesichts der sehr ernst zu nehmenden Mahnungen in bezug auf Staatsverdrossenheit hängen sie nun mit einem Überdrehen der Steuerschraube, mit undurchschaubaren Bürokratien oder mit einem neuen Umweltbewußtsein zusammen, angesichts all dieser Tatsachen rufe ich Sie auf: Nützen wir die Kürze des Wahlkampfes als Chance zur Konzentration auf das Wesentliche.

Wesentlich sind nicht unnütze Materialschlachten, wesentlich sind schon gar nicht Gehässigkeiten, wesentlich sind die Programme und ihre Träger. Wesentlich ist es, getragen vom Vertrauen der steirischen Bevölkerung, eine gute steirische Zukunft zu gestalten und zu sichern.

Namens der steirischen Volkspartei erkläre ich daher heute: Wir wollen uns um die Kontinuität der landespolitischen Arbeit bemühen; wir sind offen für alle guten neuen Ideen; wir werden uns um eine Erneuerung des Vertrauens der Steirerinnen und Steirer redlich bemühen, damit wir nach dem 8. Oktober 1978 wiederum mit ganzer steirischer Kraft gemeinsam die künftigen Aufgaben für unser Land in Angriff nehmen können. In den letzten vier Jahren wurde viel gearbeitet. Für diese Arbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedanke ich mich ausdrücklich im Namen der Landesregierung und ganz besonders in meinem eigenen Namen als Landeshauptmann der Steiermark, bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und bei den Damen und Herren aller Fraktionen. Unmittelbar nach den Wahlen wollen wir die gemeinsame Arbeit für unsere gemeinsame steirische Heimat auch in diesem Hause fortsetzen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile es ihm.

**Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hoher Landtag!

Der steirische Landtag hat am 27. November 1964 einstimmig beschlossen, von der vierjährigen Legislaturperiode abzugehen und künftighin eine fünfjährige Legislaturperiode zu handhaben. Dieser damals einstimmig gefaßte Beschluß ging daraus hervor, daß es notwendig sei, eine Kontinuität in der Arbeit dieses Hauses sicherzustellen. Denn wir wissen alle, daß Wahlen Unterbrechung von Arbeit bedeuten, daß Wahlen Kosten verursachen, vor allen Dingen aber, daß eine längere Legislaturperiode dazu angetan ist, Projekte, die in Angriff genommen werden, auch durchführen zu können. Wir erleben nunmehr, daß zum zweiten Male ohne ersichtlichen Grund die Legislaturperiode verkürzt wird. Im Jahre 1974 wurde sie, obwohl anderslautende Erklärungen vom Landeshauptmann vorlagen, um ein halbes Jahr verkürzt, und nunmehr wird die

Legislaturperiode wiederum ohne ersichtlichen Grund, ich werde auf die sachlichen Gründe, die jetzt hier angeführt wurden, noch zurückkommen, um ein weiteres Jahr verkürzt. Wenn ich das in die Zukunft projiziere — heute befaßt sich übrigens auch eine Zeitung damit — heißt das, daß wir auch im Jahre 1983 wiederum die Legislaturperiode verkürzen müssen, um — wie es jetzt der Fall ist — ein Jahr von den zu erwartenden Nationalratswahlen wegzukommen. Das heißt, daß die Legislaturperiode dem Buchstaben des Gesetzes nach wohl fünf Jahre währt, in Wirklichkeit aber kaum an die vier Jahre herankommt. Das ist das Ergebnis einer permanent aus sehr durchsichtigen Gründen vorverlegten Wahl und Kürzung der Funktionsperiode. Es entspricht also nicht dem Gesetzesauftrag, den sich der Landtag damals einstimmig gegeben hat, weil das Gesetz vorsieht, daß die gewählten Abgeordneten in dieser Funktionsperiode für das Land, für die Bürger dieses Landes, für die Steirer, steirisch arbeiten sollen, Herr Landeshauptmann. Es ist sicher richtig, meine Damen und Herren, und unbestritten, daß die Verfassung auch die vorzeitige Auflösung vorsieht. Wenn das auch nicht genau determiniert ist, so ist es doch so, daß damit gemeint ist, wenn im Landtag die Arbeitsfähigkeit nicht mehr gegeben ist, wenn es zum Beispiel einen unüberbrückbaren Gegensatz gibt, dann sollte die Möglichkeit in der Verfassung gegeben sein, vorzeitig aufzuhören, um die Bevölkerung darüber entscheiden zu lassen, wie das neue Kräfteverhältnis im Landtag sein sollte. Keiner dieser Grundsätze, die dafür maßgebend waren, um die vorzeitige Auflösung zu ermöglichen, trifft zu. Meine Damen und Herren, es steht 31 : 23 : 2. Die ÖVP kann alles, was hier aufgezählt wurde, mit ihrer Mehrheit beschließen. Und wenn es darum geht, Probleme, die die Steiermark berühren und die notwendig sind, eigenständig und selbständig zu beschließen, so haben Sie immer unsere Unterstützung gefunden, und es gibt also keinen Grund, den Landtag vorzeitig aufzulösen. Sie sind der Bevölkerung bis jetzt — jetzt haben Sie einige Gründe angeführt, mit denen ich mich noch befassen werde — die sachliche Begründung für die vorzeitige Auflösung schuldig geblieben. Und, meine Damen und Herren, damit keine Fehlinterpretation in der Zukunft entsteht, damit keine Irrtümer entstehen, damit nicht letztlich einmal an einer Geschichtsklitterung gearbeitet wird, möchte ich zur Vorgangsweise, die zur Auflösung geführt hat, einiges sagen.

Es hat nie Verhandlungen darüber gegeben, zumindest nicht mit uns als der zweitstärksten Fraktion dieses Hauses, ob wir bereit sind aufzulösen, ob wir uns einigen könnten auf einen Termin für die vorzeitige Auflösung, sondern wird sind vom Wollen und vom Wunsch und Willen der ÖVP informiert worden. Am Donnerstag, dem 22. Juni 1978, hat mir der Herr Landeshauptmann eine Information in Wien zukommen lassen, daß die Absicht besteht, am 22. Oktober zu wählen. Es hat keine Gründe dafür gegeben, sondern wir haben an diesem Tag lediglich vereinbart, daß am Montag, dem 26., um 9 Uhr beim Herrn Landeshauptmann eine Aussprache stattfinden sollte, wo mir offiziell dieses Wollen, dieser Wunsch der ÖVP bekanntgegeben wird. Bei dieser Aussprache hat

mir der Herr Landeshauptmann mitgeteilt: „Wir werden den Landtag auflösen.“ Die Wahl sollte am 22. Oktober, meine Damen und Herren, stattfinden. Ich habe gesagt, ich nehme das zur Kenntnis, es wurde über den Stichtag gesprochen und über die Vorbereitungen, die dafür notwendig sind. Sieben-einhalb Stunden später, nämlich um 16.30 Uhr, bekam ich einen telefonischen Anruf, wieder vom Herrn Landeshauptmann: „Wir wählen nicht am 22. Oktober, sondern wir wählen bereits am 8. Oktober.“ Auf meine Frage nach der Begründung dieses Gesinnungswandels innerhalb dieser wenigen Stunden wurde mir mitgeteilt: „Wir haben das so beschlossen.“

Meine Damen und Herren, daraus mögen Sie ersehen, wie leichtfertig die Mehrheit dieses Hauses mit einer Frage umgeht, die letztlich alle Steirer berührt, die für alle Steirer entscheidend ist und wie weit es mit dem Suchen nach Übereinstimmung und Konsens, von dem eben hier so gesprochen wurde, her ist.

Ich stelle daher nochmals namens des sozialistischen Landtagsklubs für das Hohe Haus und damit für die Öffentlichkeit fest: Es hat keine Verhandlungen über eine gemeinsame Beschlußfassung zur vorzeitigen Auflösung des Landtages gegeben. Da es sachliche Gründe nicht gibt, meine Damen und Herren, ist es ein reiner Willkürakt der ÖVP. Ich habe das auch in allen meinen Interviews zu diesem Zeitpunkt gesagt. Und die Vorgangsweise, meine Damen und Herren — ich habe schon darauf hingewiesen, daß das nicht gerade auf Konsens und Suchen von Gemeinsamkeiten schließen läßt — empfinden wir als Diktat. Daher werden wir dem Antrag der ÖVP unsere Zustimmung versagen. (Abg. Dr. Eichtinger: „Weil ihr nichts übrig habt für die Steiermark!“)

Meine Damen und Herren, der Hohe Landtag wird deshalb jetzt aufgelöst, weil die ÖVP den Zeitpunkt für sich als günstig erachtet. Der heutige Auflösungsbeschluß erfolgt deshalb aus rein taktischen, parteipolitischen und wahltaktischen Überlegungen und hat nichts mit den Problemen zu tun, die es in diesem Lande zu lösen gibt. (Abg. Hammerl: „ÖVP-Probleme!“) Meine Damen und Herren, es entspricht genau Ihrem ständigen Denken und Handeln, nämlich, daß Sie der Auffassung und Überzeugung sind, daß alles, was der ÖVP zum Vorteil gereicht, auch für die Steiermark gut sein muß. (Abg. Ritzinger: „Weil ihr für die Steiermark nichts übrig habt!“ — Abg. Heidinger: „Das ist ein Trugschluß!“) Und daß wir Sie dabei nicht unterstützen, das ist wohl sehr naheliegend und werden Sie von uns nicht erwarten.

Meine Damen und Herren, ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß es keine sachlichen Gründe gibt, daß der Landtag jetzt schon nach Hause geschickt wird. Wir haben es uns nicht leicht gemacht, und wir haben sicherlich ernstlich nach den Gründen gesucht, die dazu führen, einen solchen Antrag zu stellen. Und, meine Damen und Herren, was wäre naheliegender gewesen, als das Interview des Herrn Landeshauptmannes vom 27. Juni 1978, wo er sehr lakonisch auf die Frage des Interviewers, „Was sind Ihre Argumente für die vorzeitige Auflösung der Wahl?“ erklärt hat, „Vor allem eigenständig wäh-

len!“ als Antwort heranzuziehen. Meine Damen und Herren, wir können eigenständig wählen, wenn wir im Frühjahr wählen. Sie wissen alle genauso gut wie ich, daß die Nationalratswahlen im Herbst stattfinden werden. Selbst wenn die Nationalratswahlen im Frühjahr stattfinden (Landesrat Peltzmann: „Auch eine Vorverlegung!“), könnten wir im Herbst wählen und würden auch wieder eigenständig wählen. Und wenn so viel von Eigenständigkeit und steirisch wählen gesprochen wird, Herr Kollege, der Herr Landeshauptmann Krainer war sicherlich nicht weniger eigenständig als Sie und nicht weniger Föderalist wie Sie und dem haben die steirischen Probleme mindestens so am Herzen gelegen wie Ihnen. Er hat nichts dabei gefunden, im Jahre 1970 14 Tage nach der Nationalratswahl zu wählen. Also ist es unrichtig, daß es eine jahrzehntelange Gepflogenheit sei. Das ist zu Ihrer ersten Antwort, die Sie gegeben haben, zu sagen. Die zweite Antwort, die Sie dem Interviewer gaben: Hier sagten Sie: „Neue wichtige Punkte auf dem Sektor der Arbeitsplatzsicherung und des Gesundheitswesens warten auf uns.“ Ja, meine Damen und Herren, jetzt muß ich fragen: Wie viele Mandate braucht die ÖVP eigentlich, um diese Probleme lösen zu können? Mit 31 Mandaten, mit der mehr als absoluten Mehrheit im Hause, sind Sie nicht in der Lage, die zwei von Ihnen aufgezeigten Probleme, nämlich die Arbeitsplatzsicherung und das Gesundheitswesen, zu lösen. (Landesrat Dr. Krainer: „Darum geht es gar nicht!“) Ja, wie viele Mandate brauchen Sie dazu, meine Damen und Herren? (Beifall bei der SPO.) Wer sollte Ihnen denn das abnehmen? Und die Fragen des Gesundheitswesens? (Landesrat Peltzmann: „Herr Landeshauptmann, den Referenten habt ihr gewechselt, nicht wir!“ — Abg. Ritzinger: „Es soll nicht mit Steinen werfen, wer selbst im Glashaus sitzt!“) Seit zweieinhalb Jahren, meine Damen und Herren, liegt das Spitalsgesetz im Ausschuß, und der Vorsitzende dieses Ausschusses ist die Frau Abgeordnete Jamnegg. Es ist Sache des Vorsitzenden des Ausschusses, ein Gesetz in Behandlung zu nehmen, meine Damen und Herren! (Abg. Schildher: „Das ist ganz uncharmant!“ — Abg. Jamnegg: „In der Form kann uns nichts treffen!“) Auch das hätten Sie seit zweieinhalb Jahren erledigen können. (Beifall bei der SPO.) Aber, meine Damen und Herren (Abg. Jamnegg: „Sie wissen es besser!“) — es ist ja noch viel interessanter —, zuerst wird also gesagt, daß die 31 Mandate nicht ausreichen, um dieses dringende steirische Problem der Arbeitsplatzsicherung erledigen zu können. Und am Schluß des Interviews heißt es wortwörtlich: „Wir werden uns aber sehr anstrengen müssen, denn es ist eher zu erwarten, daß wir ein bis zwei Mandate verlieren.“ Ja, wer nimmt denn das ernst, meine Damen und Herren, mit 31 Mandaten können Sie dieses Problem nicht erledigen, Sie machen deshalb vorzeitige Wahlen, weil Sie wissen, Sie verlieren ein, zwei Mandate, dann geht es leichter. (Beifall bei der SPO.) Schauen Sie, das ist doch (Unverständlicher Zwischenruf.) reine Demagogie, das ist doch reine Parteitaktik, mit so etwas können Sie doch nicht überzeugen. (Abg. Prantkh: „Regierungsmandate verlieren!“) — Sie können nur darauf spekulieren, daß die Menschen nicht nachdenken,

daß sie diese Dinge nicht analysieren. Wir werden es nicht verabsäumen (Abg. Ritzinger: „Wir auch nicht!“), die Öffentlichkeit auf diese Widersprüche aufmerksam zu machen. Das können Sie sich wohl vorstellen! (Abg. Dr. Maitz: „Waren Sie nicht lange für das Spital zuständig?“) Und heute, meine Damen und Herren, hat sich der Herr Landeshauptmann bemüht gefühlt, diese Gründe darzulegen, die dazu geführt haben. Ich möchte nur sagen, meine Damen und Herren, ich freue mich außerordentlich, Sie haben unsere volle Unterstützung, daß die Wirtschaftsgesetze als die wesentlichen Gesetze dieser Periode bezeichnet werden. Denn immerhin haben wir sieben Jahre dazu gebraucht. Ich habe sie am 14. Mai 1970 gefordert. Damals haben Sie unser Arbeitspapier nicht einmal angenommen. Wir haben die Öffentlichkeit mobilisiert, und dann war es möglich, diese Gesetze — natürlich mit Ihrer Mehrheit — zu beschließen. Wir freuen uns, daß es die wesentlichsten Gesetze dieser Legislaturperiode sind. (Landesrat Bammer: „Was sagt der Peltzmann zu diesem Erfolg?“) Der Herr Peltzmann hat nach der Beschlußfassung noch erklärt, wenn es nach ihm gegangen wäre, hätte man sie nicht beschlossen. Das ist Ihre Auffassung von den Dingen! (Abg. Hammerl: „Richtig! Das ist die Widersprüchlichkeit!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Die Doppelzüngigkeit!“)

Meine Damen und Herren, zum Straßenbau: (Abg. Pranchh: „— daß der Bund Geld gibt!“) Wenn hier so hervorgehoben wird, daß sich das Land jetzt beim Straßenbau finanziell so engagiert, gemeinsam haben wir das gemacht, dann muß ich nur sagen, wieder sagen, meine Damen und Herren, es hätte dieses finanziellen Engagements nicht bedurft, wenn man sich früher in der Steiermark um die Straßen bemüht hätte. (Beifall bei der SPO.) Aber das sind eben Versäumnisse, und heute kann man diese Versäumnisse nicht so schnell gutmachen.

Landesentwicklungsplan: Ja, meine Damen und Herren, im Jahre 1964 hieß es noch, da gibt es weltanschauliche, unüberbrückbare Grundsätze, als wir die Dinge gefordert haben, die jetzt im Landesentwicklungsplan enthalten sind. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ihr ward immer schon so gescheit!“) Und jetzt wird das also als großer Erfolg gefeiert. Wir freuen uns darüber. Zehn Jahre später sind Sie darauf gekommen, daß das notwendig ist, was wir seinerzeit gefordert haben. (Abg. Marczik: „Ha, ha!“) Der Kampf gegen die Zentralstellen in Wien, das ist das Steckenpferd, das Sie ja sehr erfolgreich reiten. Meine Damen und Herren, wir sind mindestens so gute Steirer wie Sie (Abg. Ritzinger: „Merkt man nicht viel davon!“), und uns interessieren die Probleme, die uns überall brennend berühren, mindestens genauso und liegen uns so nahe wie Ihnen, wenn ich auch hier nicht in meinem ersten Drittel 27mal „steirisch“ gesagt habe. Aber wir sind davon überzeugt, daß wir wenn wir es gemeinsam machen, meine Damen und Herren (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Tut's klatschen!“), mit und nur mit der Bundesregierung überhaupt in der Lage sind, diese Probleme zu lösen. Gleichgültig, welche Bundesregierung es ist.

Zur Frage VOEST-Alpine. Meine Damen und Herren, Sie hoffen hier wieder auf die Vergeßlichkeit.

In diesem Hause hat es stundenlange Debatten gegeben, wo Ihre ÖAAB-Betriebsräte mit weißen Arbeitshelmen aufgetreten sind, und Sie haben sich gegen die Fusionierung gestellt. Ich sage Ihnen heute wieder: Hätten wir damals diese Fusionierung nicht durchgezogen, hätten wir in diesem Lande schon lange Arbeitslosigkeit. (Beifall bei der SPO. — Landesrat Dr. Krainer: „Das stimmt gar nicht!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das sind Annahmen ohne jeden Beweis! Auch die Fusionierung hat ihre Probleme und hat eigentlich nichts gelöst. Hört's doch den Apfalter an!“) Dieselmotoren, meine Damen und Herren. Ich weiß, es ist unangenehm, dies zu hören. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Meine Damen und Herren, das Problem Dieselmotoren. Es gibt überhaupt keine Unterschiede, keine Differenzen (Abg. Dr. Maitz: „Hat das wer gesagt, daß es Differenzen gibt?“), sondern als das Projekt bekannt wurde, habe ich mit allen Bundesstellen sofort verhandelt; es haben der Landeshauptmann, der Kollege Peltzmann — jüngsten Datums lese ich —, der Herr Hasiba sich eingeschaltet. Da gibt es keine Differenzen, dafür braucht man keine Neuwahlen, sondern hier ist es ganz klar, daß wir, wo immer es möglich ist, schauen, diesen Betrieb in die Steiermark zu bekommen.

Als letzte Begründung, die Sie jetzt hier angeführt haben, „Steuerschaden“, da kann ich nur sagen: Meine Damen und Herren, wenn diese Bundesregierung alle die Forderungen, die Sie als Opposition in Wien erhoben haben, erfüllen müßte, dann müßte man die Steuerschraube noch viel mehr anziehen (Abg. Zinkanell: „Verzehnfachen!“), als wir das jetzt getan haben. (Beifall bei der SPO. — Landesrat Peltzmann: „Primitiver geht es nicht mehr!“)

Zum Schluß, meine Damen und Herren: Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß es keine sachlichen Gründe gibt, um den Landtag nach Hause zu schicken. Wir haben wichtige Aufgaben zu lösen. Es ist dies die Frage der Verfassung, die Frage der Geschäftsordnung, es sind die Fragen der Volksbefragung, der Volksabstimmung, des Volksbegehrens noch offen. Meine Damen und Herren, über 80 Anträge des sozialistischen Landtagsklubs sind unerledigt, zum Teil aus den Jahren 1974 und 1975. Es sind zum Beispiel die wichtigen Anträge des Ausbaues der Landesstraßen in einem wichtigen Teil des Landes, in Graz, nicht behandelt; es ist die Frage der Einsetzung einer Landespersonal-kommission, von der Sie gar nicht gerne hören und die seit 1974 liegt, noch offen; es ist die Frage des Kinderspielplatzgesetzes nicht geregelt. Wir haben nur in der Bauordnung eine Regelung, das heißt, Sie haben gegen unsere Stimmen eine Bestimmung aufgenommen. Es ist die Frage des Kulturbeirates beim Amt der Landesregierung unerledigt, und es gibt eine Reihe anderer nicht entschiedener Fragen, wie die Naherholungsgebiete für die Bevölkerung von Graz, Investitionszuschüsse für die städtischen Betriebe, der Mürtzaler- und Leobner Verkehrsbetriebe; offen ist die Frage der Zufahrt zum Unfallkrankenhaus, des Tunnels beim Steinfeldfriedhof — die Unterfahrung; es ist die Frage des Ankaufes von Industriegrundstücken durch das Land, die Frage des Schülerheimes in

Bad Aussee und eine Reihe anderer nicht behandelt. Ich habe nur einige davon aufgezählt, aber scheinbar sind diese Anträge für Sie nicht wichtig, weil sie von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses gestellt wurden, obwohl sie für die Steirer und für die Steiermark von außerordentlicher Bedeutung sind. (Abg. Dr. Maitz: „Macht Euch einmal stark für die Steiermark!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das kann man auch in der nächsten Periode behandeln!“)

Meine Damen und Herren, für uns als Sozialisten waren in der Vergangenheit, werden in der Zukunft und werden auch in diesem Wahlkampf die Sorgen und Nöte der steirischen Bevölkerung unser eigenes Anliegen sein. Es geht uns um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und damit um das wichtigste Problem, die Sicherung der Arbeitsplätze, damit auch um die Erhaltung des sozialen Friedens und all der Dinge, die damit zusammenhängen. Es geht uns um die Sicherheit in allen Lebensbereichen unserer steirischen Mitbürger, und es geht uns vor allem, meine Damen und Herren, um die Gerechtigkeit für alle Landesbürger, gleichgültig in welchem Lager sie stehen, daß sie nicht befürchten müssen, deshalb nicht zum Zuge zu kommen, weil sie nicht der richtigen Partei angehören. (Beifall bei der SPO.) Und in diesem Sinne und in diesem Geiste können Sie versichert sein, werden wir den Wahlkampf führen. Auch wir sind uns dessen eingedenk, daß es so viele sachliche Probleme gibt, die ich jetzt hier aufgezeigt habe, über die wir uns auseinandersetzen können, daß wir aber über diese Dinge nicht vergessen müssen, daß sie nur dann gelöst werden können, wenn wir nach den Wahlen wieder gemeinsam, wie das jetzt getan und gesagt wird, daran denken, daß wir für alle Steirer, egal auf welcher Bank wir sitzen, dazusein haben. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Ing. Turek:** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben uns heute mit einem Antrag der Österreichischen Volkspartei zu beschäftigen, der die vorzeitige Auflösung des Landtages zum Inhalt hat. Der Herr Landeshauptmann Niederl hat als Sprecher seiner Fraktion versucht, recht selbstbewußt föderalistisch die Gründe anzuführen, warum wir heute diesen Auflösungsbeschluß fassen sollen und welche Gründe die Österreichische Volkspartei bewegen haben, diesen Antrag einzubringen. (Abg. Nigl: „Der Erfolg gibt ihm recht!“) Ich möchte aber gleich sagen, meine Damen und Herren, von meiner Warte her habe ich keine einzige sachliche Begründung echt herausgehört, warum wir ein Jahr vor dem ordnungsgemäßen Wahltermin wählen sollen. (Landesrat Dr. Krainer: „Nicht zugehört!“) Ich habe sehr gut zugehört, ich habe nur immer gehört: eigenständig steirisch. Das ist ein Slogan, der jetzt schon am Wahlplakat der Österreichischen Volkspartei ersichtlich ist, und ich glaube, daß sich dieser Slogan die ganzen weiteren zwei Monate durch die Steiermark ziehen wird. (Abg. Dr. Eichinger: „Weil er der richtige list!“)

Meine Damen und Herren, was unterstellt man durch „eigenständig steirisch“ dem steirischen Wähler eigentlich? Das heißt nichts anderes, daß man dem steirischen Wähler nicht zutraut, zwischen Wahlen in den einzelnen Körperschaften zu unterscheiden und man jene Mündigkeit, die man immer wieder so auf den Lippen trägt, nämlich die Mündigkeit des Staatsbürgers, in Zweifel stellt und daß man nicht zumutet und zutraut, hier von sich aus eigenständig entscheiden zu können, sondern daß man ihm nicht zumutet und zutraut, hier von sich Wahlterminen schon eine Bevormundung von oben gibt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Bravo!“ — Abg. Brandl: „Da hat er recht!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Volksverdummung!“) Daß man dem Steirer nämlich sagt: Wir sagen dir, was eigenständig wählen heißt (Abg. Schilcher: „Ha, ha, ha!“), nämlich, daß wir dir nicht zutrauen, daß du auseinanderhalten kannst, welche Körperschaft du wählst. So interpretiere ich die Eigenständigkeit (Abg. Ritzinger: „Das ist aber falsch interpretiert!“), die die Österreichische Volkspartei hier anführt. Ich glaube aber auch, daß neben diesem eigenständigen Wollen natürlich kräftige wahltaktische Überlegungen dem unterlegt sind, weil ich auch der OVP zugestehende, daß sie natürlich sehr wohl weiß, was sie tut. Sie weiß offensichtlich, daß sie auf Grund von Meinungsbefragungsergebnissen sehr gut liegt. Nennen wir das Kind beim Namen: Daß sie auf der anderen Seite genau weiß, daß eine Reihe landespolitischer Probleme noch ihrer Erfüllung harren und sich außerstande sieht, die Erfüllung in nächster Zeit zu lösen. (Abg. Dr. Eichinger: „Wie kann man sich so irren?“) Es ist auf der einen Seite, meine Damen und Herren, nicht zu leugnen, daß wir uns in einer tristen Budgetsituation befinden und daß trotz euphorischer Jubelreden, wie gut es uns eigentlich gehe, weil so gut gewirtschaftet würde, es trotzdem kein Eventualbudget geben wird, obwohl solche Ansätze im Budget vorgesehen waren und daß es trotzdem, was man ja auch leugnen möchte, über den außerordentlichen Haushalt nicht jene wirtschaftsfördernden und wirtschaftslebenden Impulse geben wird, wie wir sie genau jetzt unter dem Vorzeichen der Arbeitsplatzsicherung brauchen würden. Auch hier in der Steiermark ist in den vergangenen Jahren eben über die Verhältnisse gelebt worden, und es wurde auch hier genau das, was man eigentlich den Bundesstellen vorwirft, auch in der Steiermark recht kräftig praktiziert. Nämlich einer Gefälligkeitsdemokratie gehuldigt. Das heißt, daß man in guten Zeiten jene finanziellen Mittel reichlichst ausgegeben hat, die man eigentlich für die schlechten Zeiten hätte horten müssen. (Abg. Dr. Eichinger: „Wir freuen uns über die Kindergartenerförderung Herr Kollege!“) Wenn der Herr Landeshauptmann darauf hingewiesen hat, daß unter der Ägide der Österreichischen Volkspartei eine Reihe von Förderungsgesetzen in dieser Periode beschlossen wurden, so ist auch hier die Stunde der Wahrheit gekommen, daß nämlich wohl Förderungsgesetze vorhanden sind, aber die Förderungsmöglichkeiten nur in sehr beschränktem Umfang da sind und daß derjenige, der zum Land kommt und um eine Förderung ansucht, sehr bald feststellen muß,

daß ihm nur im günstigsten Fall so eine Förderung zuteil werden kann, weil nämlich auch hier die Kassen leer sind und weil von diesen Förderungsgesetzen nichts, auch nicht mehr als ein propagandistischer Aufwand und eine Show vorerst übriggeblieben sind. Die Wartezeit für den Eigenheimbauer, was die Wohnbauförderung anbelangt, ist heute weit über zwei Jahre hinausgehend, und wenn er zwei bis drei Jahre gewartet hat, dann kann er einen Zinszuschuß erwarten, der etwa, auf 15 Jahre aufgerechnet, 75.000,— Schilling ausmacht. Also sicher kein Haus, sondern sehr gering und nicht mit jenen Jubelreden zu vergleichen, die anlässlich der Verabschiedung von Förderungsgesetzen gehalten werden.

Das zweite ist die Förderungsgerechtigkeit, meine Damen und Herren, die auch hier einmal beleuchtet werden muß und anlässlich der Auflösung des Landtages auch rückschauend einer Kritik unterzogen werden sollte. Die Förderungsgerechtigkeit in diesem Lande ist auch nicht in diesem Maße vorhanden, wie sie die Österreichische Volkspartei versucht, immer aufzuzeigen. Nämlich der kleine Förderungswerber läuft Gefahr, in Monsterbürokratie zu ersticken, und der große Förderungswerber wird möglichst rasch mit Förderungen beteilt. Ich darf nur darauf hinweisen, daß gerade die Pleite, die wir mit den Juniorwerken erlebt haben, ein beredtes Beispiel dafür ist. Hier wurden ohne Sicherheiten Millionen an Förderungsmitteln ausgegeben, und damit wir jetzt nur einen Teil jener ausgegebenen Millionen sicherstellen, müssen wir in Gleisdorf wiederum mit öffentlichen Mitteln eigentlich das zurückkaufen, damit wir das Verfügungsrecht erhalten, was schon seinerzeit mit Förderungsmitteln erworben wurde.

Wenn wir bei der Förderung sind: Wir haben heute hier eine dringliche Anfrage der sozialistischen Partei, die sich mit einer Wohnbaugenossenschaft beschäftigt, dann möchte ich hier auch ganz offen den Skandal und die Vorgänge um die Terrassensiedlung, auch als ein beredtes Beispiel dafür, wie hier einseitig gefördert wird, erwähnen, und es auch hier keine Förderungsgerechtigkeit gab. Der Skandal bei dieser Terrassensiedlung ist ja nicht in der Form als Skandal aufzuzeigen, daß 135 Millionen Schilling nachgefördert wurden, nachdem ursprünglich 266 Millionen zugesagt wurden; diese Nachförderung natürlich notwendig. Aber das Folge, daß die Käufer bewußt oder unbewußt — das kann und wage ich nicht zu beurteilen — getäuscht wurden. Damit jene Käufer überhaupt die Wohnungen, die sie erworben haben, auch behalten können und nicht ausziehen müssen, war diese Nachförderung natürlich notwendig. Aber das Krebsübel an diesem Projekt liegt darin, daß man schon von Beginn an jene Aufsichtspflicht und Sorgspflicht und Kontrollpflicht des Landes nicht in dem Maße wahrgenommen hat, wie es notwendig gewesen wäre (Abg. Nigl: „Wer stellt den Obmann dieser Wohnungsgesellschaft?“), und ich glaube, daß auch hier der politische Wille vor der sachlichen Beurteilung gestanden ist. Ich kann mich noch genau erinnern, wie Politiker — wir kommen noch darauf zu reden — vornehmlich der Österreichischen Volkspartei jenes Demonstrativbauvorhaben der

Terrassensiedlung in St. Peter besonders in den Himmel gelobt haben. (Abg. Dr. Schilcher: „Nachher nicht mehr!“) Meine Damen und Herren, es war verantwortungslos, hier die Ziffern, die die Wohnbaugenossenschaft damals vorgelegt hat, als gegeben hinzunehmen. Es wäre eben die Sorgpflicht des Landes gewesen, hier festzustellen, daß diese Ziffern nicht echt sind, und es gibt Fachleute, die heute behaupten, daß ein Blinder mit dem Krückstock es schon damals feststellen konnte, daß dies manipulierte Zahlen sind. (Landesrat Peltzmann: „Wer sagt das? Wer hätte das feststellen sollen?“) Meine Damen und Herren, spätestens nach der ersten Ausschreibung hätten wir feststellen können, daß das keine echten Ziffern sind. Meine Damen und Herren, wir bekennen uns zu Experimenten, das möchte ich hier ausdrücklich betonen. Wir bekennen uns auch dazu, daß wir auf dem Wohnbausektor aus der öden Schubladenplanung herauskommen. Aber wir glauben doch, daß, um zu experimentieren, 700 Millionen Schilling zu viel sind. Wir glauben, daß es zu viel ist, daß man auf dem Rücken von mehr als 500 Familien experimentiert, und wir glauben auch, daß es zu viel ist, daß man Experimente im Ausmaß von rund 400 Millionen Schilling auf Kosten des Steuerzahlers hier finanziert. Meine Damen und Herren, die Mittel, die hier zusätzlich an Förderungen aufgebracht werden mußten, und ich sage nachträglich, sie mußten eben aufgebracht werden, diese Mittel werden wieder jenem anderen Förderungswerber entzogen, so daß der in Zukunft nicht zwei bis drei Jahre warten wird müssen, sondern unter Umständen dann diese Wartezeit auf drei oder vier Jahre hinaufgeschoben wird. Meine Damen und Herren, und das spielt sich im sogenannten Förderungsbeirat ab, in welchem die Österreichische Volkspartei und die sozialistische Partei vertreten sind. Die sozialistische Partei attackiert die Österreichische Volkspartei stets dann, wenn es um machtpolitische Lächerlichkeiten geht. Wenn es aber um Recht und Gerechtigkeit — und ich habe aus dem Munde des Herrn Klubobmannes der sozialistischen Partei am Schluß seiner Ausführungen gehört, daß er sich zu Recht und Gerechtigkeit für alle Staatsbürger bekennt, wenn es um Recht und Gerechtigkeit geht, dann zeigt dieses Beispiel, daß sich jene sozialistische Partei sehr schnell mit der Österreichischen Volkspartei arrangiert und sich sehr rasch ein Stückel aus dem Provorkuchen herauschneidet. Nämlich Sie wollen 135 Millionen Schilling Nachförderung für eine „schwarze“ Genossenschaft, bitte, wir reden nichts darüber. Schwamm darüber, damit es unter der Decke erledigt wird, auch etwa denselben Betrag für „rote“ Genossenschaften oder für „rote“ Vorhaben und damit ist die Sache ritterlich erledigt.

Weil hier in einem Zwischenruf auch der Kontrollbericht angezogen wurde (Abg. Dr. Eichtinger: „Gibt es ja nicht!“) oder zumindest darauf hingewiesen wurde, daß der Vorsitzende des Kontrollausschusses meiner Fraktion angehört, auch dazu ein Wort, meine Damen und Herren: Es ist traurig, daß ein Abgeordneter dieses Hauses aus der Zeitung erfahren muß, daß es so einen Kontrollamtsbericht gibt. (Abg. Nigl: „Den gibt es ja nicht!“)

Der Kontrollausschuß wurde nie mit diesem Bericht befaßt und wird höchstwahrscheinlich, wenn ich die Praktiken der vergangenen Jahre hier als Maßstab nehme, sicher nicht befaßt werden. Es zeigt sich an diesem Beispiel auch die Untauglichkeit dieses verfilzten Systems, das ja hier vorliegt. Der Kontrollierende bestimmt — und so schaut es aus, wenn wir die Geschäftsordnung lesen, der Kontrollierende bestimmt, was zu kontrollieren ist, in welchem Ausmaß zu kontrollieren ist, ob und wann etwas dem Landtag vorgelegt wird und vor allem noch in welcher Form. Das ist ja nicht so, daß das, was als Kontrollergebnis hier in Erscheinung tritt, unverändert an die Öffentlichkeit gelangt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir auch diesen Umstand überdenken und daß hier eine Gewaltenteilung eintritt, daß nämlich eine eigene Institution geschaffen wird, die eben jene unabhängige Kontrollinstanz darstellen soll. Wir Freiheitlichen glauben, daß es richtig wäre, einen unabhängigen Landesrechnungshof einzusetzen und zu installieren, der dem Landtag unterstellt ist, über Auftrag des Landtages selbst initiativ wird und unverfälscht und unfrisiert seine Kontrollergebnisse dem Landtag und damit der Öffentlichkeit vorlegt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sehr richtig!“)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Anlaß zur Flucht nach vorne der Österreichischen Volkspartei: Es ist hier schon die Frage der Krankenanstalten aufgezeigt worden und allenthalben haben wir bei den Verantwortlichen festgestellt, daß man recht ratlos der progressiven Steigerung der Krankenhauskosten beziehungsweise den steigenden Defiziten gegenübersteht. Wir haben in der letzten Landtagssitzung hinlänglich auf den nunmehr gegründeten und durch die Mehrheit dieses Landtages sanktionierten Zentralfonds hingewiesen. Ich darf hier noch einmal den Standpunkt unserer freiheitlichen Fraktion deponieren, daß die Gründung dieses Zentralfonds ein untauglicher Versuch ist, zu einer Sanierung des Spitalswesens zu kommen und daß durch die Gründung dieses Zentralfonds lediglich der Eindruck erweckt wird, daß hier nunmehr alles in Ordnung sei, nachdem wir hier wieder eine Galgenfrist bekommen haben; dies unter Umständen wieder ein Anlaß sein kann, wiederum die brennenden Probleme des Gesundheitswesens, und hier speziell auf dem Krankenhaussektor, auf die lange Bank zu schieben. Dieser Zentralfonds trägt lediglich zu einer Korrektur der Einnahmen bei. Wenn ich den Zentralfonds in seiner Zusammensetzung und seiner finanziellen Kapazität sehe, vielleicht nur für das nächste Jahr oder die nächsten zwei Jahre. Aber auf der Ausgabenseite wird in den nächsten Jahren nichts unternommen, und ein Weg dazu wäre sicher das steirische Krankenanstaltengesetz gewesen, daß hier rasche Lösungen erfolgen. Auf dieses steirische Krankenanstaltengesetz warten wir seit mehr als zwei Jahren. (Abg. Jamnegg: „Es kann heuer noch beschlossen werden!“) Ich kann mir vorstellen, daß die Österreichische Volkspartei sich scheut, unmittelbar vor einer Wahl jene mutigen Beschlüsse zu fassen. (Abg. Jamnegg: „Nein, nein! Das ist ein bißchen anders!“)

Die freiheitliche Partei ist der Meinung, daß gerade so große Probleme von der Mehrheit in diesem Land um so selbstgefälliger auf die lange Bank geschoben werden, je festgefügt diese Mehrheit ist. Wir glauben, daß viele Fragen dieses Landes, daß sachpolitische Fragen der Machtpolitik geopfert werden. Am Ende einer vierjährigen Legislaturperiode des Steiermärkischen Landtages ist es vielleicht auch richtig, darauf hinzuweisen, wie Politik in diesem Lande eigentlich getrieben wird. Es geht hier nicht um eine bestechende Politik, die für sich wirbt, sondern es geht um den Ausbau von Machtbastionen, und es geht um den Ausbau von Abhängigkeiten. Die parteipolitische Durchdringung zeigt sich schon in allen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens und droht in die Privatsphäre des einzelnen einzudringen. Die Existenz des einzelnen ohne Unterordnung, ohne einen Herrschaftsbereich, scheint nur mehr schwer möglich zu sein. (Abg. Dr. Schilcher: „Partei um der Partei willen!“) Es wird dem einzelnen Bürger dieses Landes sehr deutlich klagemacht, daß sein persönliches Fortkommen, die Erfüllung seiner Anliegen und Wünsche, Hilfe in Notlagen, nur durch Unterordnung und nicht allein durch persönlichen Einsatz oder auf Grund rechtsstaatlicher Normen geregelt wird. Politische Einflußbereiche, und den Eindruck hat man wirklich manchmal bei uns, werden wie Privateigentum einer Partei verwaltet. Der Bürger hat nicht Rechte anzumelden, sondern er hat Gnaden zu erbitten. Es wird zum Beispiel der Eindruck erweckt, daß bäuerliche Subventionen, Kredite, Beihilfen, nur über eine Mitgliedschaft zum Österreichischen Bauernbund gewährt werden können. (Abg. Buchberger: „Das ist ja Phantasie!“) Der Herr Landeshauptmann Niederl hat einen Brief von mir, wo ich diese Fehler dezitiert aufgezeigt habe, mit Namensnennung und mit Zeugenaussagen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Und mit der Beilage, die ÖVP zu wählen!“) Es wird der Eindruck erweckt, daß Förderungen auf dem gewerblichen Sektor (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ‚Schrammel-Musik!‘“ — Abg. Schrammel: „Wir bitten, aber wir fordern nicht!“) — eine Mitgliedschaft (Abg. Dr. Dorfer: „Das wird energisch bestritten!“) erfordern, es wird der Eindruck erweckt — ich bin sehr gut informiert. (Landesrat Peltzmann: „Sie bringen alles durcheinander!“) 40 Millionen. Ich habe die Unterlagen nicht da, ich könnte Ihnen die Kostenrechnung aufmachen. Was uns die Geschichte mit Renault kostet, habe ich versucht, ein bißchen, wenn auch laienhaft, nachzurechnen. Das kostet uns sehr, sehr viel Geld, Herr Landesrat! (Landesrat Peltzmann: „Sie reden von zwei verschiedenen Dingen!“) Die Grundstücke sind mit Förderungsmitteln gekauft worden, sowohl mit Förderungsmitteln des Landes als auch mit Förderungsmitteln der Gemeinde Gleisdorf. Die Beträge sind nirrends sichergestellt worden. Theoretisch könnte die in Pleite gegangene Firma die Grundstücke verkaufen, und das Land schaut durch die Finger. Damit wir uns die Verfügungsgewalt über das Grundstück sichern, haben wir es faktisch noch einmal gekauft, das ist nicht zu leugnen, Herr Landesrat. (Landesrat Peltzmann: „Warum sind Sie nicht als Rechtsberater zur Firma gegangen?“) Es wird der Ein-

druck erweckt, daß bei der Einstellung von Bediensteten beim Land eine OAAAB-Mitgliedschaft erforderlich ist (Abg. Brandl: „Das ist Tatsache und kein Eindruck!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist Voraussetzung!“) — aber in dem Fall wird nicht der Eindruck erweckt, sondern das ist eine nachweisbare Realität, meine Damen und Herren. Es wird nicht nur der Eindruck erweckt, sondern es wird ganz klar und offen gehandhabt, daß man demjenigen, der Schuldirektor werden will, auch bedeutet, daß er entweder der Österreichischen Volkspartei oder der sozialistischen Partei anzugehören hat, weil er sonst keine Chance hat, Schuldirektor zu werden. Wer keiner politischen Partei angehört, der ist jenes berühmte Nullerl, wie es der Stadtschulratspräsident der Stadt Wien einmal genannt hat und sich auszudrücken pflegte. (Abg. Ritzinger: „Das ist der Kreisky!“) Es wird einfach nicht geduldet, daß sich jemand die Freiheit herausnimmt, keiner Partei anzugehören. (Abg. Doktor Dorfer: „Die Partei der Parteilosen!“) Gerade zu diesem Komplex habe ich bei der Durchsicht der Archive eine sehr interessante Äußerung — wir reden ja von Wahlen — des leider verstorbenen Landeshauptmannes Josef Krainer vom 6. März 1957 (Abg. Ritzinger: „So lange ist das schon her!“) in der Tagespost gefunden. Hier handelt es sich um einen Aufruf an die steirische Bevölkerung. Landeshauptmann Josef Krainer über die Anstellung von Lehrkräften nach dem Proporz, 21 Jahre liegt das zurück:

So wörtlich: „Es ist klar, daß in der Demokratie auch bei der Bestellung von Beamten und Lehrern keine einseitige parteipolitische Protektionswirtschaft Platz greifen darf.“, grundsätzlich eine gute Aussage, „Vorant steht immer das Wissen und Können“ (Landesrat Peltzmann: „Bravo!“), die Objektivität und saubere Gesinnung der zu bestellenden Beamten.“ Die Proporzwirtschaft aber, gegen die ich ankämpfe — er würde heute noch kämpfen, unser verehrter Herr Landeshauptmann Krainer — ist die nach einem Schema oder nach Abteilungen und Ministerien (je nach der politischen Referatsführung) vereinbarte — dort nur Sozialisten, hier nur ÖVP-Angehörige. Ein solcher Proporz ist auch deshalb abzulehnen, weil er zur politischen Korruption führt und Menschen um des Brotes willen zwingt, einer Partei anzugehören. Hier hat sich in den letzten zwanzig Jahren nichts geändert. (Landesrat Peltzmann: „Aber doch nicht in der Steiermark!“) „Eine solche Proporzwirtschaft besteht auch in der Steiermark“ — noch, könnte ich fragen —, „weil die unklaren politischen Kräfteverhältnisse in der Landesregierung solche Auswüchse ermöglicht haben.“ (Abg. Nigl: „Der Kandutsch und der Zeilinger haben sich leichter getan!“) Die Kräfteverhältnisse sind in der Landesregierung jetzt nicht unklar, das ist keine Frage. Die Verantwortung für die Zustände im Land hat die Österreichische Volkspartei, weil wir klare Kräfteverhältnisse haben. — „Nach den Landtagswahlen muß auch eine klare Regierungsmehrheit künftighin solche Mißstände beseitigen.“ (Abg. Nigl: „Der Kandutsch und der Zeilinger haben Ihnen geschrieben!“) Meine Damen und Herren! Solche Mißstände sind bis heute nicht beseitigt worden. Ich darf die

Herren der Österreichischen Volkspartei bitten, wirklich dem ehrenden Angedenken des Herrn Landeshauptmannes Krainer Rechnung zu tragen und diesen Aufruf, ich hoffe, bei der nächsten Landtagswahl am 8. Oktober 1978 wieder der Öffentlichkeit zu übergeben und dann aber nach dem 8. Oktober auch danach zu handeln.

Meine Damen und Herren! (Abg. Hammerl: „Dann haben wir nur mehr ‚Schwarz‘!“) Es ist ein Wunschtraum, aber ich glaube, daß es notwendig ist, daß man auch in der Politik Wunschträumen nachhängt und naheilt. Vielleicht wird dieser eine meiner Wunschträume einmal erfüllt werden. Das ist ein Langzeitprogramm, ein Langzeitwunsch, aber vielleicht erlebe ich es noch. (Abg. Nigl: „Bestimmt!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Aber sicher!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Er ist ja noch ein junger Mann und kein Methusalem!“) Meine Damen und Herren! Über so ernste Probleme würde ich nicht so leichtfertige Witze machen! (Einige unverständliche Zwischenrufe.) Das heißt, daß Sie gar nicht den Willen haben, in dieser Form in sich zu gehen und Änderungen herbeizuführen, weil es um die Macht geht, meine Damen und Herren, und weil es Ihnen bei verschiedenen Dingen nicht um die Sache geht. (Abg. Nigl: „Das ist nicht wahr!“) Wenn wir schon darüber reden, es ist auch die Frage der Staatsverdrossenheit oder zumindest das Wort Staatsverdrossenheit ist vom Herrn Landeshauptmann Niederl gefallen. Das sind eben auch Begleiterscheinungen, die zu dieser Staatsverdrossenheit beitragen. Wenn der junge Mensch in unserem Lande, der leistungswillig, einsatzwillig ist, plötzlich feststellt, daß er sein gesichertes Fortkommen nicht aufgrund seiner Leistungen, seines Einsatzes hat, sondern daß er ein Parteibuch entweder von rot oder schwarz haben muß, meine Damen und Herren, und darüber sollen wir nicht lachen, denn das ist auch ein Umstand, der zu dieser Staatsverdrossenheit führt, weil (Abg. Schrammel: „Ja, genau so ist es!“) es Menschen in diesem Lande gibt, die glauben, daß die notwendigen Lebensfragen, wie sie sich uns Tag für Tag stellen, in dieser Form nicht gelöst werden können und daß an den Problemen echt vorbeigeredet wird.

Meine Damen und Herren, in der Steiermark haben wir Probleme. (Abg. Jamnegg: „Ein Lehrer kann erst nach der Anstellung einer Organisation beitreten!“) Liebe Frau Kollegin Jamnegg, geben Sie mir keinen Nachhilfeunterricht in den Techniken, die Sie anwenden. Ich kenne sie zur Genüge.

Meine Damen und Herren, auf den steirischen Straßen sterben und sind in der Vergangenheit tausende Menschen gestorben, weil das Geld nicht da war und weil Geld in höchst fragwürdige dubiose Projekte gesteckt wurde. Es wurde uns immer wieder — und hier nehme ich die Studie, die uns heute in die Hand gedrückt wurde, zum Anlaß — erzählt, daß die Armut in diesem Lande überwunden sei. Wir müssen feststellen, und hier ist dem Herrn Landesrat Gruber wirklich zu danken, daß er diese Studie in Auftrag gegeben hat über die tatsächliche Situation, in der wir uns in der Steiermark befinden. (Abg. Jamnegg: „Das war unser Antrag!“) Aus dieser Studie geht hervor, daß rund 130.000 Men-

schen, oder genauer gesagt 28 Haushalte mit einem Haushaltseinkommen bis zu 2000 Schilling auskommen müssen. Ich glaube, daß das zum Beispiel ein echtes Problem ist. Das ist keine machtpolitische Frage. Hier habe ich nichts zu fordern, hier kann ich niemanden in Abhängigkeit bringen, sondern hier habe ich einfach dem Menschen zu helfen und den Menschen zu sehen.

Es erhebt sich allerdings die Frage, und das erlaube ich mir doch hier als Kritik anzubringen, Herr Landesrat, was hier ein Sozialombudsmann soll. Das kommt mir genauso als guter Geck vor wie das NaBrasieren von Kreisky. Ein Sozialombudsmann kann in der Sache sehr wenig tun. Ich glaube, daß es auch hier angebracht wäre, daß man in den einzelnen Bezirksverwaltungsbehörden, in den Bezirkshauptmannschaften, genau für die Tätigkeit im Bereich der Sozialhilfe besonders ausgesuchte Beamte einsetzt, die persönlich entsprechend motiviert sind, die auch geschult sind, wie sie mit solchen Randschichten unserer Gesellschaft verkehren, weil die ja auch nicht unproblematisch und auch sehr empfindlich sind. Mit solchen motivierten Beamten geht es sicher besser als mit einem Sozialombudsmann, der im Endeffekt nur eine beratende Funktion ausüben könnte.

Zum Schluß, meine Damen und Herren! Es wurde gerade in der vergangenen Zeit sehr viel über die Fragen des Umweltschutzes und der Umwelt gesprochen. Auch hier gibt es sicher Menschen, die glauben, daß mit dem jetzigen System diese brennenden Fragen nicht zu lösen sind. Wir haben eine steirische oder südsteirische Bezirksstadt, die deponiert ihren Müll gegen den Bescheid der Landesregierung ungeordnet und ohne Bewilligung. Meine Damen und Herren, daß sich hier die betroffene Bevölkerung mit Recht auflehnt, ist verständlich. Daß die betroffene Bevölkerung Zweifel an unserem Rechtsstaat und an unserem rechtsstaatlichen Prinzip hegt, ist auch verständlich. Es ist auch verständlich, daß sich die Bevölkerung im Norden von Graz im Bereich der Firma Leykam auch die Frage stellt: Ja ist denn eigentlich unser jetziges demokratisches System überhaupt in der Lage, solche Probleme zu lösen? Wenn ich hier dieses kleine territoriale Problem sehe, ist es ja nur von untergeordneter Bedeutung im Vergleich zu den Problemen auf höherer Ebene oder in größeren Dimensionen im Bereich des Umweltschutzes. Wir haben uns auch über das Problem der Firma Leykam in diesem Haus schon einmal unterhalten, und sowohl von der ÖVP als auch SPO hat man mit einem gewissen Achselzucken reagiert. Da kann man eigentlich nichts machen, das ist schon so. Das ist der Tribut des Wohlstandes. (Abg. Nigl: „Wo anders stinkt es auch!“) Inzwischen, meine Damen und Herren, wird die Gesundheit von Tausenden Menschen einer argen Belastungsprobe ausgesetzt, und Sie dürfen sich nicht wundern, wenn sich auch hier an einem solchen Beispiel eine gewisse Staatsverdrossenheit manifestiert. Es gibt große Probleme auf dem Gebiete der Energieversorgung, der Nahrungsmittel und der Nahrungsversorgung und auf dem Gebiete der Sicherung unserer Rohstoffe. Ich weiß, daß wir im Bereich der Steiermark diese großen Probleme nicht lösen können, aber daß wir

hier Schritte dazu setzen können und daß die Bevölkerung sich nicht damit zufriedengibt, wenn wir Tag für Tag erschreckende Informationen über die Untersuchungen des Clubs von Rom erhalten und die Verantwortlichen im Bereich der Politik und der Wissenschaft, aber vornehmlich im Bereich der Politik, auch hier untätig sind und diesen Problemen faßungslos gegenüberstehen.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen uns deshalb auch nicht wundern, daß es viele Bürger gibt, die sich durch die vorhandenen Parteien eigentlich nicht mehr in diesem Sinne vertreten fühlen. Es wird notwendig sein, losgelöst von tagespolitischen Problemen und vom tagespolitischen Hick-Hack, sich einmal diesen größeren Problemen, die uns alle gemeinsam berühren, zu widmen und hier, wenn notwendig, gemeinsam jene unpopulären Maßnahmen zu setzen, die wiederum nichts mit Machtpolitik zu tun haben. Die zwei größeren Parteien in diesem Haus werden sich diese Frage stellen müssen, weil hier in diesem Land die Österreichische Volkspartei die Hauptverantwortung trägt, aber in anderen Bundesländern die SPO jene Verantwortung trägt. Hier wird es notwendig sein, daß im Zusammenwirken von Städten, Gemeinden und Ländern jene zukunftssträchtigen Lösungen angepeilt werden.

Wir freiheitlichen Abgeordneten haben in der abgelaufenen Periode versucht, den Wählerauftrag zu erfüllen. Wir haben dem Wähler vor der Wahl 1974 mit unserer „Formel Steiermark“ unsere Vorstellungen über die Gestaltung dieses Landes vorgelegt und haben um Zustimmung gebeten. Wir haben versucht, im Rahmen unserer Möglichkeiten und gemessen an unserer Stärke diesen Wählerauftrag zu erfüllen. Wir haben versucht, gestaltend an diesem Leben in der Steiermark mitzuwirken und die Rolle einer konstruktiven Opposition in diesem Haus darzustellen. Es war nicht unsere Aufgabe, Kritik um der Kritik willen vorzubringen, sondern wir haben uns immer bemüht, mit unserer Kritik auch Änderungen herbeizuführen und manche Probleme aus einer anderen Sicht und Warte zu sehen und zu überlegen. Wir haben uns dort zur Mitarbeit angeboten, wo diese Mitarbeit erwünscht wurde und wo uns auch die entsprechenden Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt wurden. Diese Einladung ist oft an uns ergangen; oft hat man diese Einladung nicht ausgesprochen, und wir waren auch nicht beleidigt. Wir haben uns dort zur Wehr gesetzt und versucht, unseren Einfluß geltend zu machen, wo Menschen dieses Landes unter die Räder der Mächtigen zu kommen drohten.

Ich habe mir erlaubt, eine Reihe von Sachproblemen aufzuzeigen, die noch einer Lösung bedürfen. Wir sehen keine Notwendigkeit für die Vorverlegung dieser Wahl. Wir glauben aber, daß wir uns als Freiheitliche in diesem Haus redlich bemüht haben, für die Steiermark und den Steirer eine gute Arbeit zu leisten. Aus diesem Grunde stellen wir uns dieser Wahl und werden den Auflösungsantrag der Österreichischen Volkspartei unsere Zustimmung geben.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger hat in seinem Bericht im Namen des Gemeinde-

und Verfassungs-Ausschusses am Schluß den Antrag gestellt, den Landtag vorzeitig aufzulösen.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Behandlung der dringlichen Anfrage. Diese Anfrage hat die gemäß § 58 Absätze 1 und 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Heidinger als Erstunterfertitem das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

**Abg. Heidinger:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe die Aufgabe, die dringliche Anfrage der Abgeordneten Heidinger bis Zoisl, betreffend den Kontrollbericht hinsichtlich der GWS-Heimstätte, zu begründen.

In der Ausgabe der „Kleinen Zeitung“ vom Sonntag, dem 9. Juli 1978, wird ausgeführt, daß die GWS-Heimstätte derzeit durch den Verband der Wohnbaugenossenschaften geprüft wird. Neben dieser Prüfung wurde aber auch eine Prüfung durch die Kontrollabteilung des Landes durchgeführt. Dieser Zeitungsmeldung ist zu entnehmen, daß unter Umständen schwere Mängel in der Buchführung dieser Genossenschaft vorhanden sind. Da die GWS als eine der größten Wohnbauvereinigungen beträchtliche Förderungsmittel vom Land erhält, ist es notwendig, den Hohen Landtag von den Vorgängen, die zu den Überprüfungsverfahren geführt haben, in Kenntnis zu setzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an Sie, Herr Landeshauptmann, die dringlichen Anfragen:

1. Sind Sie bereit, dem Hohen Landtag und den Mitgliedern der Landesregierung den im Artikel der Kleinen Zeitung vom 9. Juli 1978 zitierten Kontrollbericht, betreffend die GWS, unverzüglich vorzulegen?

2. Sind Sie bereit und in der Lage, mitzuteilen, ob von der GWS an den Wirtschaftsbund Zahlungen erfolgt sind und in welcher Höhe?

3. Sind Sie bereit mitzuteilen, ob auch an das Büro des Landeshauptmannes von der GWS Zahlungen geleistet wurden und in welcher Höhe?

4. Sind Sie in der Lage mitzuteilen, ob es richtig ist, daß in der Buchhaltung der GWS zahllose Belege fehlen?

5. Sind Sie bereit, als Verantwortlicher der zuständigen Aufsichtsbehörde die GWS als Kontoinhaberin zu veranlassen, diese fehlenden Belege von ihrer Bank bezuschaffen?

Gleichzeitig stellen die gefertigten Abgeordneten nach § 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über diese dringliche Anfrage die Wechselrede durchzuführen.

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl zur Beantwortung der dringlichen Anfrage das Wort.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Überprüfung der Gebarung des gemeinnützigen Wohnungsunternehmens erfolgt durch den Österreichischen Verband gemeinnütziger Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen als gesetzlich eingereichtes Prüfungsorgan. Da an mich über die Tätigkeit der GWS-Heimstätte Beschwerden herangetragen wurden, habe ich die Kontrollabteilung beauftragt, Erhebungen durchzuführen. Nach Beginn dieser Erhebungen hat der gesetzliche Prüfungsverband über meinen Antrag ein Prüfungsteam mit einer Überprüfung der gesamten Gebarung der GWS-Heimstätte ab dem Jahr 1974 beauftragt. Diese Überprüfung ist derzeit anhängig. Auch von der Kontrollabteilung wird das Ergebnis der gesetzlichen Pflichtprüfung abgewartet. Nach Abschluß der gesetzlichen Prüfung durch den Prüfungsverband werde ich darüber den zuständigen Organen, insbesondere der Landesregierung und dem Landtag, berichten.

Zur Frage, ob der Wirtschaftsbund oder andere politische Verbände oder politische Parteien von der GWS-Heimstätte Zahlungen — welcher Art immer — erhalten haben, kann ich mitteilen, daß sich dies meiner Kenntnis entzieht; es wird im Zuge der anhängigen Überprüfung durch den gesetzlichen Überprüfungsverband festzustellen und klarzustellen sein. Zur weiteren Frage, ob an mein Büro Zahlungen geleistet wurden, stelle ich fest, daß in den Jahren 1974 und 1975 von der GWS-Heimstätte Wahlspenden in der Höhe von zirka 300.000 Schilling geleistet wurden. Diese wurden von einem Mitarbeiter meines Büros übernommen und auch schriftlich bestätigt. Diese habe ich in meiner Funktion als Landesparteiobmann erhalten und dem Wahlwerbefonds der OVP zur Verfügung gestellt. Wahlspenden dieser Art werden von allen politischen Parteien entgegengenommen. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Da die Anfrage von zehn Abgeordneten unterstützt und die Wechselrede beantragt wurde, eröffne ich hierüber die Wechselrede und weise auf § 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Loidl:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Was wir heute bei jeder sich bietenden Gelegenheit sagen, nämlich, daß eine zeitgemäße und menschenwürdige Wohnung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den echten sozialen Fortschritt, vor allem aber für eine glückliche Familie, ist, wußten wirklich selbstlose Männer und Frauen schon vor langer Zeit.

Ob sie nun aus dem christlichen oder sozialdemokratischen Lager kamen, eines war ihnen gemeinsam, eine tiefe, uneigennützig, humanitäre und soziale Gesinnung. Ich meine die Gründer der ersten Wohnbaugenossenschaften. Zu diesen Menschen, denen ganze Generationen zu Dank und

höchster Wertschätzung verpflichtet sind, reichen nämlich die Wurzeln unserer heutigen öffentlichen Wohnbauförderung in ihrer ganzen Ausdehnung und Größe. Ich bitte bei Beurteilung dessen, was ich nun sagen möchte, auch diesen Gesichtspunkt nicht außer acht zu lassen. Von diesen selbstlosen, uneigennützig tätigen Männern und Frauen wurden nämlich die Weichen zu den heutigen gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften und Gesellschaften gestellt. Was unter Gemeinnützigkeit zu verstehen ist, ist wohl jedem hier Anwesenden klar. Gemeinnützigkeit wird verliehen, wird nach einem Verfahren zuerkannt, und wer diese Gemeinnützigkeit erhält, erhält damit auch Privilegien, erhält damit auch Vorteile und vor allem übernimmt er eine ganz besondere rechtliche und moralische Verantwortung. Bei Wohnbauvereinigungen ist nach meiner Meinung diese Verantwortung ganz besonders groß,

1. weil oft riesige Mittel an Steuergeldern zu treuen Händen und im Namen und zu Lasten der Wohnungssuchenden übernommen und verwaltet werden.

Vor allem aber auch, weil bei der heutigen Kompliziertheit und Größe solcher Bauvorhaben diesen Wohnungswerbern in Wirklichkeit nichts anderes übrigbleibt, als blindes Vertrauen in diese Einrichtungen zu haben. Wenn dieses Vertrauen mißbraucht wird, ist alles in Frage gestellt. Das ist, meine Damen und Herren, offenbar bei der GWS in einer mir unverständlichen Art und Weise geschehen. Da sind nicht etwa, wie das heute von woanders schon gesagt wurde, durch Nachlässigkeiten Mehrkosten in beträchtlicher Höhe entstanden, die schließlich von den Mietern und den Steuerzahlern wieder aufgebracht werden müssen, oder hat etwa sich ein Angestellter irgendwie bereichert, was beides auch schlimm genug ist oder wäre — was sich hier abzeichnet, muß zu einer allgemeinen Vertrauenskrise gegen die Wohnungswirtschaft überhaupt führen und müßte alle treffen, nicht nur die eine Gesellschaft. Mehr noch, meine Damen und Herren, da diese prominente, ich betone noch einmal, gemeinnützige Wohnbaugesellschaft von maßgeblichen politischen Funktionären des einflußreichen oder einflußreichsten Wirtschaftsbundes, einer Teilorganisation der OVP, geführt wird, würde das auch zu einem Schlag gegen die Vertrauens- und Glaubwürdigkeit aller Politiker, ganz gleichgültig welcher Farbe, führen. Es muß daher, meine Damen und Herren, mit allem Ernst und mit aller Nachdrücklichkeit gefragt werden, was hat es für eine Bewandnis, was soll es bedeuten, wo liegen die Interessen der Wohnungssuchenden und Steuerzahler, wenn die vom Wirtschaftsbund geführte GWS der Landesleitung des Wirtschaftsbundes folgende, hohe Geldbeträge aushändigt:

am 2. 7. 1974 37.120,— Schilling, am Kasseneingangsbeleg, gestempelt und unterschrieben, kein Vermerk wofür;

am 2. 7. 1974, am gleichen Tag, 146.160,— Schilling, gestempelt, unterschrieben, kein Vermerk wofür; (Abg. Hammerl: „Der Herr Landeshauptmann weiß von nichts!“)

am 31. 7. 1974 110.000,— Schilling, kein Vermerk wofür;

am 24. 7. 140.000,— Schilling, kein Vermerk wofür;

am 26. 4. 100.000,— Schilling, kein Vermerk wofür;

am 31. 5. 90.000,— Schilling, kein Vermerk wofür. (Abg. Gerhard Heidinger: „Und der OAAAB hat nichts bekommen? Ihr müßt Euch beklagen!“ — Abg. Schrammel: „Bei dir, Heidinger, werden wir auch was finden!“ — Abg. Zinkanell: „Vielleicht findest du etwas, wenn du suchst, das ist die einzige Hoffnung, die ihr habt!“) Man muß, meine Damen und Herren, also fragen, wo sind diese Gelder, was ist mit ihnen geschehen.

Ich kann nicht behaupten, meine Damen und Herren, daß der Direktor des Wirtschaftsbundes, der Herr Abgeordnete Dorfer, der hier ist, von diesen Vorgängen etwas weiß. Ich schätze ihn aber, ich glaube wir alle, so tüchtig ein, daß wir uns nicht vorstellen können, daß so hohe Beträge, die in so viele Hunderttausende Schilling gehen, in seiner Landesstelle einfach herumschwirren, ohne daß man weiß, woher sie gekommen sind und wofür. Vielleicht kann er diese Frage beantworten. Ich muß aber ehrlich sagen, daß mir die Tatsache, daß im Büro des Herrn Landeshauptmannes, wie wir eben gehört haben, 300.000 Schilling als Wahlspenden für die OVP abgeliefert wurden, auch unverständlich ist. Abgesehen davon, meine Damen und Herren, gibt es Anzeichen, daß das, was ich jetzt gesagt habe, nur die Spitze eines Eisberges ist. Die Frage nach den fehlenden Belegen ist eine der Begründungen dafür.

Meine Damen und Herren, man muß doch davon ausgehen, daß eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft, daß ein gemeinnütziger Wohnbauträger über keinen einzigen Groschen verfügt, der nicht von Steuerzahlern oder von den Mietern und Wohnungssuchenden aufgebracht wird. Was die Steuerzahler betrifft, so konnten sich ja insbesondere die Abgeordneten des Wirtschaftsbundes auch in diesem Hohen Haus nicht genug hervortun, über die Bundesregierung und die Belastungen der Steuerzahler zu schimpfen. Wie hart und wie sauer sich die meisten das Geld für die Anschaffung einer Wohnung verdienen und ersparen müssen, meine Damen und Herren, das wissen wir alle. Ich vermag die rechtlichen Konsequenzen und Folgen einer, und das ist ohne Zweifel der Fall, Zweckentfremdung solcher Gelder in einer derartigen Höhe nicht zu beurteilen. Die Auswirkungen liegen aber, wenn das stimmt, handgreiflich zutage. Es muß, und es kann nicht anders sein, zu einer ungerechtfertigten Verteuerung der Wohnungen kommen. Jeder Groschen muß schließlich von den Mietern und Wohnungswerbern bezahlt werden. Jeder Groschen, jeder Schilling, der hier nicht zweckentsprechend verwendet wird, muß zu einer Verringerung des Pavolumens und damit zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen führen. Schließlich muß es auch dazu führen, daß die eingeschränkten Mittel eine längere Wartezeit der Wohnungswerber erfordern, als das bisher ohnehin schon der Fall ist. Das ist die Frage der moralischen Beurteilung. Ich möchte Ihnen ein sehr realistisches Beispiel vor Augen führen:

Da ist ein Ehepaar mit einem Kind — er ist ein technischer Zeichner und verdient rund 8000 Schil-

ling, seine Frau ist Verkäuferin; sie hat rund 5000 Schilling. Sie bewerben sich bei einer solchen gemeinnützigen Gesellschaft um eine familiengerechte Wohnung. 140.000 Schilling sind Grundkosten und Eigenmittel; ein Teil davon wird durch ein Ersatzdarlehen vergütet, aber der Rest muß aufgebracht werden. Die Wohnung muß eingerichtet werden. Das ist nur möglich, weil die Frau trotz des Kindes arbeitet, weil die ganze Familie zusammenhilft — im gegenständlichen Fall die Eltern —, die Väter sind Arbeiterpensionisten, die noch lebende Großmutter ist eine Ausgleichszulagenempfängerin. Sie alle helfen zusammen, um diese Wohnung zu erreichen. Ein zweites Kind, das sie gerne hätten, wäre zur Zeit eine Katastrophe. Es sind nicht zuletzt diese Menschen, welche selbst wirtschaftlich schwer kämpfen, die sich auf die Redlichkeit so großer und prominenter gemeinnütziger Einrichtungen verlassen.

Meine Damen und Herren, wem schiene die Vorstellung nicht erschreckend, wenn ein Teil — wenn auch ein kleiner Teil — des so schwer verdienten Geldes ohne Wissen und ohne Zustimmung durch einen — ich möchte es Vertrauensbruch nennen — zweckentfremdet verwendet wurde. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das bisher Gesagte genügt, um die zwingende Notwendigkeit dieser dringenden Anfrage in unser aller Interesse, aber auch im Interesse der Steuerzahler und Wohnungsuchenden zu beweisen. Ich glaube auch, daß sich niemand hier in diesem Haus der Notwendigkeit verschließen wird, daß alle aufgeworfenen Fragen erschöpfend beantwortet werden, der Herr Landeshauptmann hat sich hiezu ja auch bereiterklärt, daß diese zumindest sehr fragwürdige Angelegenheit durch kompetente, unabhängige und objektive Instanzen restlos aufgeklärt wird.

Meine Damen und Herren, einzig und allein diesem Ziel dient der Beschlußantrag, den ich hiemit zur Kenntnis bringe:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Herr Landeshauptmann wird aufgefordert, unter gleichzeitiger Übermittlung des Berichtes der Kontrollabteilung, betreffend die GWS-Heimstätte, an die Wirtschaftspolizei Anzeige zu erstatten.

Ich bin überzeugt, daß Sie im Hinblick auf das Gesagte diesem Antrag Ihre Zustimmung geben werden. (Beifall bei der SPO.)

**Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Zur Geschäftsordnung.

**Präsident:** Bitte, zur Geschäftsordnung.

**Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte mit aller Entschiedenheit, Herr Landeshauptmann, Ihre in den Raum gestellte Behauptung, „das machen alle politischen Parteien so“, zurückweisen. Ich erkläre für die sozialistische Partei, daß wir kein Geld von irgendeiner Genossenschaft bekommen haben. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?“) Sie haben diese Erklärung abgegeben. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Herr Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In meiner Anfragebeantwortung ist davon nicht die Rede. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie haben gesagt, ‚das machen alle Parteien so!‘ — Abg. Gross: „Das haben Sie gesagt!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Dagegen wehre ich mich!“) Ich darf das wiederholen:

„Zur weiteren Frage, ob an mein Büro Leistungen gezahlt wurden, stelle ich fest, daß in den Jahren 1974 und 1975 Wahlspenden geleistet wurden. Diese wurden von einem Mitarbeiter meines Büros übernommen und schriftlich bestätigt. Diese habe ich in meiner Funktion als Landesparteiobmann erhalten und dem Wahlwerbefonds der ÖVP zur Verfügung gestellt. Wahlspenden dieser Art werden von allen politischen Parteien entgegengenommen.“ (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Dagegen wehre ich mich!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist die Art der ÖVP, Herr Landeshauptmann!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf noch einmal wiederholen, daß ich die Überprüfung dieser gemeinnützigen Bauvereinigung selbst veranlaßt habe, um allfällige Unzulänglichkeiten abzustellen. Derzeit ist die Überprüfung — wie es der Abgeordnete Loidl gesagt hat, auch von mir veranlaßt — durch unabhängige, objektive Prüfungsorgane im Gange. Ich möchte das ausdrücklich feststellen. (Abg. Grätsch: „Zuerst nehmen Sie und dann überprüfen Sie es!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Was ist denn das für ein Ton?“)

Wenn das Überprüfungsergebnis vorliegt, bin ich natürlich bereit und sogar verpflichtet — das möchte ich ausdrücklich sagen —, die entsprechenden Konsequenzen zu veranlassen. (Abg. Zinkanell: „Um das geht es!“) Das ist ganz selbstverständlich und klar. Immerhin, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß das Überprüfungsergebnis vorliegen. Es muß daraus klar hervorgehen, daß strafrechtlich unzulässige Tatbestände vorliegen. Anklage allein genügt nicht, sondern die Verurteilung muß es sein. Anschuldigungen allein genügen nicht. Ich möchte das deshalb sagen, ... (Abg. Dr. Strenitz: „Wahlspenden aus Steuermitteln!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Das ist typisch Strenitz!“) Als zweites, meine Damen und Herren, würde ich bitten: Heucheln wir uns gegenseitig nichts vor. Kann ich reden oder nicht? (Einige unverständliche Zwischenrufe).

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch feststellen, daß die Kontrollabteilung Erhebungen durchgeführt hat und ich nach Abschluß der Überprüfung des Prüfungsverbandes im Bedarfsfalle bei der Landesregierung den Antrag stellen werde, daß die Kontrollabteilung prüft, und dann würde der Prüfungsbericht vorliegen. Ich stelle das deshalb fest, weil derzeit ein Prüfungsbericht der Kontrollabteilung nicht vorliegt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Politische Gelder“, schreibt die „Kleine Zeitung!“)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für jeden, der es bisher noch nicht gewußt hat, ist es ab jetzt klar, daß wir im Wahlkampf stehen. Wenn auch der offizielle Beschluß der Landesregierung noch nicht vorliegt, so dürfte doch ziemlich klar sein, daß wir am 8. Oktober Landtagswahlen haben. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Beschluß liegt vor!“) Der Beschluß liegt nicht vor. Der kann noch nicht vorliegen.

Es ist heute hier über Staatsverdrossenheit gesprochen worden. Es hat der Herr Abgeordnete Loidl in sehr gekonnter Art alles das gesagt, was man bei solchen Anlässen zu sagen pflegt und was auch wahrscheinlich zu sagen ist. (Abg. Gratsch: „Zu vage!“) Sehr gekonnt, sehr gut, ein bißchen zu sehr gekonnt! (Abg. Brandl: „Stört Sie das?“) Ich kann es verstehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die sozialistische Partei keine Freude mit den Landtagswahlen hat. Ich kann es auch verstehen, daß man mangels eigener Leistungen versucht, den Gegner sozusagen politisch fertigzumachen, und daß man nach Punkten sucht, die man anhängen kann, um ihn herunterzureißen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Diplomingenieur, die ‚Kleine Zeitung‘ hat das am 9. Juli geschrieben!“) Ich kann verstehen, daß es dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, und er ist Klubobmann der sozialistischen Partei, keine Freude macht, sich den schweren Rucksack des Wahlkampfes wieder umzuhängen, um sich, wie er jetzt beauftragt wurde, stark zu machen für die Steiermark.

Ich habe für diese persönliche Situation des Herrn Landeshauptmannstellvertreters durchaus Sympathie. Ich glaube nur, daß Sie und Ihre Parteifreunde nicht gut beraten sind, wenn Sie versuchen, statt sich selbst tatsächlich stark zu machen, die anderen in irgendeiner Form schwächen zu wollen. Der Herr Abgeordnete Loidl hat hier von der Vertrauenswürdigkeit aller Politiker gesprochen. Ich würde warnen davor, die Vertrauenswürdigkeit aller Politiker um eines kurzzeitigen Erfolges willen auf das Spiel zu setzen. Es ist hier Anklage erhoben worden (Abg. Dr. Strenitz: „Eine Frage wurde gestellt!“), und es steht jedem zu, Anklage zu erheben. (Abg. Loidl: „Fragen wurden gestellt!“) Sie haben aber eine Frage gestellt und haben dann im Anschluß gleich über Vertrauensbruch gesprochen. Sie haben die Anklage gestellt und haben gleichzeitig das Urteil gefällt (Abg. Zinkanell: „Na, na!“), um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß eben alles korrupt und schlecht und verkehrt vorgehe. (Abg. Zinkanell: „Was heißt ‚alles‘?“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, „alles“ in dem Zusammenhang, als die Rede davon ist, daß diese Landesregierung einen ÖVP-Landeshauptmann hat und man den Versuch erwecken möchte, als ob eben dieser ÖVP-Landeshauptmann parteiisch einseitig, ... (Abg. Zinkanell: „Es ist die Frage nach Klarstellung!“) — Die Frage, gegen die würde ich mich gar nicht wehren, aber gegen die anschließende Verurteilung und gegen die schöne Geschichte mit der Spitze des Eisberges, die Verlesung und so weiter. Es ist ihr gutes Recht, dies alles zu tun, es spricht Ihnen dies niemand ab. Es ist nur die Frage, ob es klug ist, und es ist letztlich

die Frage, ob es den Intentionen der Sozialistischen Partei tatsächlich helfen wird. Es ist auch eine Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob man leichtfertig von dieser Stelle aus — und entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Loidl, wenn ich das sage —, ob man leichtfertig von dieser Stelle aus den Druck auf die Tränendrüse ausüben soll. (Abg. Zinkanell: „Das sind Realitäten!“) Sie haben gesprochen von dem Ehepaar, das sich kaum eine Wohnung leisten kann, zur Wohnbaugenossenschaft geht und dann betrogen wird, weil eben irgendein Politiker eine entsprechende Zuwendung bekommen hat für seine Partei. (Abg. Zinkanell: „Diese Schilderungen sind Realitäten und nicht erfunden!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Es fällt Ihnen nichts besseres ein!“) Es war heute hier ein Bericht über die Anzahl der Familien in der Steiermark, die mit einem Einkommen von 2000 Schilling im Monat leben müssen. Es wäre verlockend, in diesem Zusammenhang jetzt weiterzugraben und zu schauen, was denn alles mit diesen Steuermitteln geschieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie reden von Staatsverdrossenheit und von Steuerverdrossenheit. (Abg. Zinkanell: „Sie doch!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Der Herr Landeshauptmann hat es gesagt!“) Ich bin bereit, das Protokoll verlesen zu lassen, der Herr Abgeordnete Loidl hat hier in diesem Zusammenhang davon gesprochen. Er hat davon gesprochen, daß Steuergelder, und Sie selbst Herr Abgeordneter, haben noch hinausgerufen: „Das ist eine feine Wirtschaft, das sind Steuergelder“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, von den Exponenten einer Partei, die sich hier zum Richter (Abg. Zinkanell: „Zum Ankläger!“) aufspielen, fährt jeder, jedes Mitglied dieser Landesregierung hier, die so besorgt sind um die Steuerzahler, ein Auto, das so viel kostet wie die ganze Wahlspende, die eingegangen ist. (Abg. Gerhard Heidinger: „Weg damit! Soll sich doch jeder ein Auto kaufen!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das nenne ich Heuchelei, wenn man sich dann hinstellt und auf die Armen hinweist, die sich nicht einmal ein Auto leisten können. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich werde mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht auf diese Basis begeben.

Ich werde Ihnen Ihre Sünden nicht vorrechnen, weil es hier nicht darum geht, Sünden auszugleichen, denn bis der berühmte Kontrollbericht nicht vorliegt, kann von einer Sünde überhaupt noch nicht gesprochen werden. Der Herr Landeshauptmann wurde gefragt, ob er Wahlspenden entgegengenommen hat, und er hat in klarer und offener Weise gesagt, was zu sagen ist. (Abg. Prensberger: „Als Wahlspenden nicht in Ordnung!“) Ich bin neugierig, ob die sozialistische Partei in gleicher Weise die Zuwendungen, die ihr zukommen, vorlegen möchte, denn daß die sozialistische Partei ihren Wahlkampf nur finanziert aus den Geldern ihrer Mitglieder, das, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre ein Novum, und das können Sie uns nicht erzählen. Ich bin daher der Meinung, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir uns um alle öffentlichen Belange kümmern sollen. Ich bin der Meinung, daß wir Kritik über sollen, wo Kritik angebracht ist, es riecht mir aber hier in dem vorliegenden Fall doch zu sehr nach einer Wahlkampf-

munitio, die geliefert werden soll, denn die Vorgänge, um die es hier gehen soll, und die Vorgänge, die auch hier von Herrn Abgeordneten Loidl verlesen wurden, sind aus den Jahren 1974 und 1975. (Abg. Gratsch: „Das ist nur die erste Rate!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Wir wollen die weitere Überprüfung!“) Und wenn ich es mir richtig mitgeschrieben habe, so sind sie aus der ersten Hälfte des Jahres 1975 und aus der zweiten Hälfte des Jahres 1974. Traurig, wenn Sie erst heute diese Informationen bekommen haben, aber bezeichnend für Sie, daß Sie sie für diese Sitzung aufgehoben haben. Sie tun damit weder dem Land noch den Steuerzahlern und auch der Demokratie keinen guten Dienst. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Peltzmann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Loidl hat heute über eine Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei so viel Vermutungen ausgesprochen, ich möchte mich vorsichtig ausdrücken, Herr Abgeordneter, weil, wenn ich Ihren Ausführungen echt Glauben hätte schenken dürfen, hätten Sie die Fairneß haben können, uns diese Unterlagen zuzusenden (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie können die Unterlagen sofort haben!“), dann hätten Sie mich heute um eine Stellungnahme fragen können. (Abg. Gratsch: „Das ist eine Moral!“) Sie sind so auf Draht, ist ganz klar, Sie drücken auf den Knopf, und Sie bekommen die Antwort. Ich kann sie Ihnen nicht geben. Ich kann nur ein paar Feststellungen dazu treffen. Ich habe Ihnen, glaube ich, sehr aufmerksam zugehört, Herr Abgeordneter Loidl. Die GWS-Heimstätte, gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungsbau und Siedlungswesen (Abg. Loidl: „Ist ja nicht gemeinnützig, Herr Landesrat!“), eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, baut nicht nur Wohnungen, das sei vorausgesetzt. Sie ist voll steuerpflichtig als Ges. m. b. H. Auch der Herr Finanzminister Androsch hat einen Abschreibesatz für politische Wirtschaftsvereinigungen voll bestätigt und in Kraft gelassen. Jetzt Ihnen zu erklären, wie sich unsere Organisation aufbaut, da irren Sie sich. Ich persönlich habe weder eine Zeichnungsberechtigung und ich würde Sie bitten, mir die Unterlagen in die Hand zu geben, und dann werde ich sie überprüfen lassen. Aber einfach Beschuldigungen in den Raum zu stellen... (Abg. Gerhard Heidinger: „Fragen!“) Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter Loidl, zu Ihrer Beruhigung eines sagen: Über die Finanzierung der Wirtschaftsverbände, ob des freien Wirtschaftsverbandes, ob des Ringes oder des Wirtschaftsbundes, da weiß ich ziemlich genau Bescheid. Wenn Sie das als Wahlkampfmittel haben wollen, ich liefere es gerne gratis franco irgendeiner Zeitung. Und jetzt zum Artikel der „Kleinen Zeitung“: Jeder Redakteur kann sich einmal irren, es waren alle drei Vertreter beim Herrn Landeshauptmann, nicht nur zwei. Man war bemüht, sollte es Unregelmäßigkeiten geben, sie zu klären. Nichts anderes. Wenn Sie für das Bemühen gleich etwas hineininterpretieren, dann muß ich sagen, ein altes Sprichwort sagt ja, „So

wie der Schelm denkt, so ist er“. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten und bitte die Herren Obmänner der Fraktionen, in die Präsidialkanzlei zu kommen. (Abg. Zinkanell: „Ich habe mich bitte zu Wort gemeldet!“) Ich habe die Wortmeldung nicht zur Kenntnis gebracht bekommen. Bitte, das zur Entschuldigung. Bitte, Herr Abgeordneter Zinkanell.

**Abg. Zinkanell:** Hoher Landtag, Herr Präsident!

Es sind zwei Anlässe, die mich bewegen haben, mich doch auch zu Wort zu melden, obwohl Kollege Loidl die Fragen und nicht richtermäßige Äußerungen stellte, Herr Kollege Fuchs (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Es war wohl ein Urteil!“), die unseres Erachtens im Zusammenhang mit diesen Dingen gestellt werden mußten. Es war der Anlaß, daß der Kollege Fuchs meint, wir haben Angst vor der Wahl, oder wir wollen die Wahl nicht und daher dieses Theater hier. Wir stellen uns selbstverständlich der Wahl. Das ist schon lange vor diesem Zeitpunkt gesagt worden. Wir haben keine Angst, wir halten es nur für ein Diktat, jetzt zu wählen, weil ja die Periode nicht ausgelaufen ist. Das ist das eine.

Das zweite ist, daß ich mich doch einigermaßen gewundert habe über den spontanen Beifall der ÖVP-Fraktion zu den Informationen, die in dieser Frage der Herr Landeshauptmann gegeben hat. Darf ich vielleicht so sagen: Die ÖVP hätte, wenn es ihr nur um die Arbeit ginge — das ist heute vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter schon gesagt worden —, diese Arbeit im Herbst ohne Vorverlegung der Wahl selbstverständlich mit ihrer gedruckten Mehrheit nach ihren Vorstellungen fortsetzen können. Die Feststellung von einem gewonnenen Jahr, Herr Landeshauptmann, verstehe ich nicht (Abg. Ritzinger: „Gehört das jetzt her?“), weil vier plus eins ist fünf und fünf plus null ist auch fünf Jahre. Wo das gewonnene Jahr sein soll (Abg. Schrammel: „Wahlkampfjahr!“), weiß ich nicht. Das gehört schon mit dazu. Herr Kollege Haas, die ÖVP tut es nicht, obwohl sie es tun könnte, und sie hat — das ist auch bereits gesagt worden — keinen offensichtlichen stichhaltigen Grund. Jetzt müssen Sie uns erlauben, daß wir uns unsere Gedanken machen. Es könnte, nachdem ein stichhaltiger Grund bis dato nicht gesagt wurde, schon sein, daß es andere heimliche, nicht ausgesprochene Gründe gibt. Ich könnte mir daher vorstellen, daß ein nicht unwesentlicher Grund diese, wenn ich es sehr höflich ausdrücke, aufklärungsbedürftige Finanztransaktion war, um über diesen ungunstigen Termin hinauszukommen. (Abg. Kollmann: „Das ist eine bodenlose Gemeinheit!“)

Ich möchte folgendes sagen, meine Damen und Herren: Ich hoffe im Interesse einer gedeihlichen Arbeit im Steiermärkischen Landtag (Abg. Dr. Dorfer: „So wie ihr es heute macht!“), im Interesse einer gedeihlichen Weiterarbeit, daß die Frage eine plausible und akzeptable Antwort auf Grund der Erhebungen und des Abschlusses der Erhebungen findet. So wie die Dinge sich uns jetzt zeigen — der

Kollege Loidl hat handfeste Unterlagen angeführt —, haben sie eine unangenehme Ähnlichkeit mit der Art der Parteifinanzierung (Abg. Dr. Schilcher: „Sie verurteilen schon wieder!“), wie sie seinerzeit in Niederösterreich zu Müllners Zeiten praktiziert und dementsprechend auch vom Gericht verfolgt und geahndet wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Schilcher: „Schon wieder eine Vorwegnahme!“)

Sollte sich diese Hoffnung, daß eine gute, akzeptable Aufklärung kommt (Abg. Dr. Schilcher: „Die Hoffnung haben Sie wirklich?“ — Landesrat Peltzmann: „Was hoffst du wirklich?“), nicht erfüllen, dann muß man andererseits mit Fug und Recht erwarten, daß die Dinge restlos, ohne Rücksicht auf Partei und Person, aufgeklärt und in Ordnung gebracht werden. (Abg. Ritzinger: „Das hat der Herr Landeshauptmann gesagt!“) Ich hätte daher an Ihrer Stelle mit dem Beifall wenigstens bis zu diesem Zeitpunkt gewartet, so wie wir mit einer Verurteilung selbstverständlich warten, weil wir hören wollen, was hier los ist. Die Unterlagen sind schon so, wenn sie nicht von irgendwo herbeigezaubert wurden, daß sie jedem von Ihnen dieselben Bedenken bringen würden, wie sie sie uns gebracht haben. Die Aufklärung, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir diesem Land und der Demokratie in diesem Land schuldig. So war es gemeint und nicht anders! (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Dr. Niederl.

**Landeshauptmann Dr. Niederl:** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich muß mich noch einmal zu Wort melden, denn die dringliche Anfrage der sozialistischen Partei wurde heute eingebracht. Ich habe vor zwei oder drei Monaten, ich kann es jetzt nicht ganz genau sagen, bereits veranlaßt, daß die Gebarung und die Betriebsführung dieser Gesellschaft überprüft werden. Ich möchte das eindeutig feststellen. Es ist doch ganz klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu bedarf es keiner dringlichen Anfrage, daß das Prüfungsergebnis bis zur letzten Konsequenz verfolgt wird. Da gibt es einfach nichts. Da müßte ich morgen weggehen von dem Sessel, wenn ich etwas anderes vor hätte als das, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Starker Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Koiner. Ich erteile es ihm. (Unverständlicher Zwischenruf — Abg. Gerhard Heidinger: „Der Herr Landeshauptmann ärgert sich echt darüber, und Sie, Herr Landesrat, lachen darüber. Das ist der Unterschied!“) Herr Abgeordneter Koiner, bitte zu sprechen.

**Abg. Ing. Koiner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es hat sicher jeder der hier anwesenden Damen und Herren Abgeordneten Moral in sich. Ich glaube, das können wir alle für uns in Anspruch nehmen. Es ist auch Sache der Darstellung, vielleicht auch manchmal des Geschmacks, es sehr deutlich in der

Öffentlichkeit kundzutun. Es ist jedem seine eigene Angelegenheit. Nur eines möchte ich doch auch zu der ganzen Angelegenheit sagen, weil es mir wichtig erscheint:

Ad eins: Der Versuch der Darstellung, Unterlagen erhalten zu haben (Abg. Kollmann: „Und stimmen diese Unterlagen?“) — wobei die Frage ist, wann sind sie zur Kenntnis gekommen und von woher sind sie gekommen —, war eigentlich für mich etwas komisch, warum man das für den heutigen Tag zusammengespart hat. Die Eigentumsvertreter, meine Damen und Herren, haben vor einiger Zeit diese Unterlagen nicht zur Verfügung gehabt, sondern haben nur gerüchtweise gehört, daß es Unzukömmlichkeiten geben soll. Das hat die Eigentumsvertreter veranlaßt, zum Herrn Landeshauptmann zu gehen. Der Herr Landeshauptmann hat unverzüglich Erhebungen gepflogen und dann den zuständigen Prüfungsverband beauftragt, das zu überprüfen, um die Sache in Ordnung zu bringen. Den Eindruck zu erwecken, als wenn Ihre Unterlagen die Sache ins Rollen gekommen wäre, ist falsch. Wir haben selbst auf Grund von Gerüchten den Herrn Landeshauptmann gebeten, das zu tun. Er hat das veranlaßt. Er hat auch gesagt, wenn der Prüfungsbericht vorliegt, wird Bericht erstattet. Alles andere ist der Versuch, heute vor Landtagswahlen, etwas anders darzustellen, als es wirklich ist. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Brandl:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Zur Auffassung des Herrn Abgeordneten Präsident Koiner darf ich folgendes sagen: Die „Kleine Zeitung“ hat diesen Bericht über diese Unzukömmlichkeiten am 9. Juli 1978 in die Öffentlichkeit gebracht. Vorher ist in der Öffentlichkeit darüber nichts aufgeschieben. Sie werden Verständnis dafür haben, nachdem wir diese Unterlagen nach dem 9. Juli erhalten haben, daß wir nicht in der Lage sind, Ihnen den Namen zu nennen. Das wäre in der steirischen Politik und bei der Haltung der steirischen ÖVP ein Selbstmord für denjenigen, der diese Unterlagen zur Verfügung gestellt hat. (Abg. Feldgrill: „Frechheit!“) Selbstverständlich. So ist die Situation. Ich will damit, meine Damen und Herren, zum Ausdruck bringen, daß es keine Frage für die Wahl ist und auch keine Frage, ob die SPO daraus profitiert. Wenn wir vor einem Jahr diese Unterlagen bekommen hätten, wäre es für uns selbstverständlich gewesen, im Interesse der Demokratie diese Frage vor die Öffentlichkeit hier im Landtag zu bringen. (Abg. Lackner: „Sehr kameradschaftlich!“) Daß sich der Zeitpunkt hier jetzt geschnitten hat, das ist eine andere Sache, ich habe es erklärt warum, weshalb und weswegen. (Abg. Schrammel: „Und das alles nur, weil die SPO keinen Spitzenkandidaten hat!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sitzen nicht nur hier als Abgeordnete, als verantwortliche Mandatare im Lande Steiermark, um uns über Budgetfragen und sonstige andere Dinge zu

unterhalten, sondern wir haben auch die Aufgabe, im Interesse der Demokratie Kontrolle auszuüben. Und wenn solch schwerwiegende Dinge herangetragen werden, dann glaube ich, ist es doch selbstverständlich — auch Sie würden das tun, wenn das auf unserer Seite bestünde, das ist nun einmal der Sinn innerhalb unserer demokratischen Ordnung —, daß man solche Fragen aufzeigt. Und der Kollege Loidl hat das nicht getan mit Vermutungen und Schätzungen, er hat ganz konkret die Belege vorgelegt. Er hat ganz konkret gesagt, das ist die Spitze eines Eisberges, unter dem unter Umständen noch anderes verborgen ist, aber das ist dann Aufgabe, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wirtschaftspolizei, die diese Dinge zu untersuchen hat und die damit an die Öffentlichkeit über die Landesregierung zu gehen hat. Für mich als einfachen Abgeordneten wäre es schon jetzt völlig klar und völlig logisch, daß der Herr Landeshauptmann, der zugegeben hat, 300.000 Schilling von einer Wohnbaugenossenschaft als Wahlgelder erhalten zu haben, zugleich als Obmann der Österreichischen Volkspartei diese 300.000 Schilling zurückzahlt und (Abg. Lackner: „Lächerlich!“) daß diese 300.000 Schilling dann wieder in der weiteren Folge zurückübermittelt werden an die einzelnen Mieter, die die Beträge ausgezahlt haben. (Abg. Ritzinger: „Du mußt zu ‚Dalli-Dalli‘ gehen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für Sie als maßgebende Funktionäre des Wirtschaftsbundes, Herr Landesrat Peltzmann, wäre eigentlich der gleiche Weg zu empfehlen. Sie haben es noch nicht zugegeben, aber das wird ja noch kommen. (Landesrat Peltzmann: „Schon wieder eine Beschuldigung!“)

Abschließend, keine Frage einer Wahl, sondern ganz einfach die Frage, die notwendig ist, daß sie hier im Landtag gestellt wird, und wenn das alles stimmt, das möchte ich ganz zum Schluß sagen, wenn das alles stimmt, was hier angedeutet und mit Belegen bewiesen worden ist, dann meine Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, ist das der größte Skandal, der größte politische Skandal in diesem Hause, ausgelöst durch die Österreichische Volkspartei. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich unterbreche jetzt die Sitzung auf 10 Minuten. (Unterbrechung von 12.40 Uhr bis 13.10 Uhr.)

Meine Damen und Herren, ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Herrn Abgeordneten Hans Georg Fuchs das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen einen Beschlußantrag zur Beschlußfassung vorlegen, möchte aber, bevor ich das tue, ganz kurz den Zusammenhang erklären. Vor der Unterbrechung war eine Debatte, in der in etwa die Dinge so dargestellt wurden: Das Zentralkomitee der sozialistischen Partei hat am 9. Juli, oder war es am 7. Juli, aus der Zeitung von ganz unglaublichen Vorgängen in der GWS-Heimstätte Kenntnis genommen. (Abg. Zinkanell: „Was ist das für ein Unsinn?“ — Abg. Gratsch: „Nein, so war es nicht!“) Ich kann mir das bildhaft vorstellen,

wie dort die Entrüstung (Abg. Schrammel: Schadenfreude!) richtig durchgegriffen hat. Man hat sich dann bemüht, entsprechende Unterlagen zu sammeln, hat uns die heute vorgelegt. Es ist ein wahres Glück, daß der Herr Landeshauptmann von Steiermark seine Informationen nicht nur aus der Zeitung bezieht, denn sonst wäre es unmöglich, daß bereits etwa zwei Monate vorher eine entsprechende Untersuchung eingeleitet worden wäre. Diese Untersuchung ist im Gange. (Abg. Brandl: „Akt läuft!“) Wir sehen keinen Anlaß, nur weil es Ihnen aus (Abg. Ritzinger: „— wahltaktischen Gründen!“) — danke, aus wahltaktischen Gründen gepaßt hat (Abg. Brandl: „Da irren Sie sich!“), diese Sache heute aufzuspielen, das bereits laufende Verfahren zu unterbrechen oder eine Änderung daran vornehmen zu lassen. Aus diesem Grunde schlagen wir Ihnen folgenden gemeinsamen Beschlußantrag der Abgeordneten Johann Aichhofer, Rupert Buchberger, Dr. Leopold Johann Dorfer, Dr. Karl Eichinger, Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs, Dr. Helmut Heidinger, Präsident Simon Koiner, Dr. Karl Maitz, Adolf Pinegger und Dipl.-Ing. Hermann Schaller vor, betreffend den Kontrollbericht hinsichtlich GWS-Heimstätte: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Herr Landeshauptmann wird aufgefordert, die Kontrollabteilung zu beauftragen (Abg. Brandl: „Das ist schon getan worden!“), die Tätigkeit der GWS-Heimstätte zu überprüfen und bei Verdacht strafrechtlich... (Abg. Brandl: „Sie erklären es uns jetzt!“) Sie haben sehr schlecht aufgepaßt, sonst wüßten Sie, daß es nicht ganz so ist, wie Sie es sagen — wir werden es ja aus den Protokollen nachher lesen, Lesen ist ja Ihre Stärke —, daß bei zu verfolgenden Tatbeständen unverzüglich bei der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten ist. Der Beschlußantrag trägt die Unterschriften der genannten Abgeordneten. Ich darf ihn dem Herrn Präsidenten überreichen und bitten, ihn zur Abstimmung zu bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian.

**Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vorher wurde in sehr beredten Worten dargelegt, daß der Herr Landeshauptmann bereits die Kontrollabteilung beauftragt habe. Nun muß erst ein solcher Antrag gestellt und muß das erst beschlossen werden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die zuständige Abteilung hat er beauftragt!“) Zum zweiten hat es geheißen, daß die Gesellschafter ja schon beim Landeshauptmann waren, um einen solchen Antrag zu stellen. Aber der Bericht, der im Gange ist, auf den Sie sich beziehen, der ist nicht im Auftrage des Landes, sondern der ist im Auftrage der Prüfungsorgane der Gesellschaft gestellt worden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Im Auftrage des Landeshauptmannes!“) Es wird Ihnen ja nicht unbekannt sein, daß ein Prüfer bereits abgezogen und ein zweiter eingesetzt wurde. (Abg. Brandl: „Das sind Methoden!“) Es werden sicherlich noch einige Dinge zutage kommen. Aber, meine Damen und Herren, wir sind ja gar nicht weit auseinander. Ich nehme an, für Sie ist das ein mindestens ebenso brennendes

Problem wie für uns, daß nämlich für Sauberkeit gesorgt wird. Wir fühlen uns als Vertreter der Konsumenten und wollen im Interesse der Konsumenten, daß die Dinge geklärt werden. Wir haben in unserer Anfrage überhaupt keinerlei Anschuldigung erhoben, im Gegenteil, wir haben Anfragen gestellt, obwohl wir Belege in der Hand haben, die wir auch heute noch der Presse in die Hand geben werden. Wir sind ganz nahe beisammen. Sie wollen nur mit Ihrem Antrag verhindern, daß sofort die Staatsanwaltschaft eingesetzt wird, und wir sagen: Auftrag an den Landeshauptmann, das Kontrollamt einschalten und sofort und unverzüglich, wenn Sie wollen die Staatsanwaltschaft, oder die zuständigen Organe, das ist für uns keine Streitfrage. Sie wollen mit Ihrem Antrag zuerst einmal das Kontrollamt und dann, wenn der Verdacht strafrechtlichen Vorgehens sich bestätigt, das entscheidet der Landeshauptmann, ob der Verdacht da ist oder nicht, dann erst die Anzeige. Fröhliche Ostern, bis wir den Bericht bekommen. Daher sind wir für den Auftrag, sofort das Kontrollamt und auch unverzügliche Anzeige, wenn Sie wollen, Wirtschaftspolizei, wie das im Antrag heißt, Staatsanwaltschaft oder die zuständigen Organe, das ist für uns keine Frage. Daher bleiben wir bei unserem Antrag, den ich gerne modifiziere, Staatsanwaltschaft oder zuständige Organe. Uns kommt es darauf an, daß sowohl das Kontrollamt als auch die Staatsanwaltschaft, oder wer sonst immer, unverzüglich in Aktion tritt. Wir werden daher für unseren Antrag stimmen. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich lasse daher abstimmen, und zwar gemäß § 50 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages, über den vom Hauptantrag abweichenden Antrag, den vom Abgeordneten Fuchs eingebrachten Beschlußantrag, und bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte die Damen und Herren, die nun dem von der Sozialistischen Partei eingebrachten Beschlusssantrag zur dringlichen Anfrage ihre Zustimmung geben, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Das ist die Minderheit.

Meine Damen und Herren, fürchtet euch nicht, aber es muß sein!

Der Landtag ist also aufgelöst.

Wir haben eine heftige Schlußsitzung hinter uns. Die meisten von Ihnen haben mit mir die Landtags-sitzung vom 6. August 1974 in Erinnerung. Auch

damals haben wir vorzeitig voneinander Abschied genommen. Ich glaube, daß uns allen ein abgebrauchtes, aber immerhin brauchbares Wort auf der Zunge liegt:

„Wie sich die Bilder gleichen.“ Es fällt auch dem Präsidenten heute nichts anderes ein, als das zu wiederholen, was er damals statt eines feierlichen Epiloges nach einer Legislaturperiode gesagt hat. Eindringlich und mit anderen Worten. Die Zeit von heute bis zum 8. Oktober ist nicht mit einer Pause zwischen zwei Schulstunden zu verwechseln, in der die sogenannten angestauten Aggressionen und, um es gelinde zu sagen, die Unterschiedlichkeiten der Meinungen explodieren und in handgreiflichen Abreibungen oder in Verbalinjurien ihren Ausdruck finden. Ein Vergleich mit unserer Situation läßt sich freilich im Hinweis finden, daß die Pause immer ein Ende hat und schließlich alle wieder, wenn auch nicht auf den gleichen Bänken, so doch im gleichen Klassenzimmer zusammensitzen müssen. Es hat sich durchaus im Zuge einer erfreulichen demokratischen Entwicklung ein Stilwandel gezeigt, daß man statt „Wahlkampf“ lieber „Wahlwerbung“ sagt. Das ist gut, aber fortschrittlich nur dann, wenn die Werbung nicht mit Reklame verwechselt wird. Die hat ihren Sinn und Wert im kommerziellen Bereich. Wer sich als Volksvertreter werbend präsentiert, kann es nur mit einem aus innerer Überzeugung vorgetragenen Programm und mit der redlichen Gesinnung eines Mannes, der das, was er sagt, auch glaubt.

Meine Damen und Herren, nach altem Brauch werden wir nach dieser Sitzung, ich bitte Sie darum, uns zu einer Gruppenaufnahme zusammenstellen. Wir werden alle ermuntert werden, freundliche Gesichter zu machen.

Ich möchte nun den Symbolcharakter dieses Vorganges nicht länger strapazieren. Aber ein bißchen einen Sinn hat es doch, eine Erinnerung an Jahre gemeinsamer und nicht erfolgloser Arbeit festzuhalten und alle, mit denen man, wenn schon nicht in ungetrübter Freundschaft — auch die hat es gegeben, auch über die eigenen Reihen hinaus —, immerhin auf dem Boden der beschworenen Verfassungen des Bundes und des Landes und im Willen, dem ganzen Land zu dienen, einig war, auf einem Bild vereinigt zu sehen.

Es ist Sommer geworden im Land. Er möge Ihnen allen, meine Damen und Herren, noch erholsame Wochen bringen und uns alle in den sprichwörtlich schönen steirischen Herbst hineinbegleiten.

Die Sitzung und somit die außerordentliche Tagung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

Schluß der Sitzung: 13.20 Uhr.

